

Die Digitalisierung an hessischen Schulen schreitet voran!
Die Nachfolger der Smart-Boards sind frisch eingetroffen.
Neueste Präsentationstechnik, jetzt mit LAN- und WLAN-Anschluss.
Overhead-Projektoren mit eingebauten Tablets.
Folie auflegen und diese beschriften!



Der leit(d)ende IT-Spezialist einer Schule in Hessen

LIEBE KOLLEGINNEN, LIEBE KOLLEGEN,



hartnäckig hält sich das Vorurteil, dass die jungen Menschen doch vertraut sind im Umgang mit digitalen Medien und damit auch den meisten ihrer Lehrenden überlegen. Weit gefehlt.

Bereits die Studie ICILS 2013 machte deutlich, dass etwa 30 Prozent der Jugendlichen der achten Jahrgangsstufe in Deutschland nur rudimentäre computer- und informationsbezogene Kompetenzen aufweisen, die den unteren beiden Niveaustufen zuzuordnen sind, zum Beispiel sehr basales Bearbeiten von Dokumenten. ICILS 2018 legte offen, dass rund 33 Prozent der Jugendlichen Online-Informationen weder richtig einordnen noch kritisch hinterfragen können, womit sie sehr anfällig für Fake News sind. Da der Erwerb digitaler Kompetenzen bislang vergleichsweise stark durch informelle Lern- und Sozialisationsprozesse im familialen Alltag sowie durch Peerbeziehungen geprägt wird, ist die Schule hier als sozial ausgleichende Instanz besonders gefordert, einen kompetenten Umgang mit neuen Technologien/Medien und digitalen Informationen zu befördern.

Andererseits: die Lehrkräfte sehen laut Deutschem Schulbarometer Spezial vom April 2020 bei den eigenen Kompetenzen im Umgang mit digitalen Lernformaten und bei der technischen Ausstattung der Schulen den größten Nachholbedarf.

Die repräsentative Mitgliederbefragung der GEW auf Bundesebene, die

noch vor den Schulschließungen in der Zeit vom 6. Februar bis 2. März dieses Jahres durchgeführt wurde ergab: die Fortbildungsmöglichkeiten in diesem Bereich sind bisher mehr als dürftig und rund 90 Prozent der Lehrkräfte müssen regelmäßig für dienstliche Aufgaben ihre Privatgeräte benutzen, da Dienstgeräte Mangelware sind.

Diese Problematik macht noch einmal deutlich, dass wir es hier mit einer Daueraufgabe von hohen Investitionen zu tun haben, die allein für Endgeräte alle paar Jahre wiederholt werden müssen und die nur im dauerhaften Zusammenspiel aller staatlichen Ebenen gelingen wird. Daher ist es notwendig, bereits jetzt die Wegmarken abzustecken, wie es nach dem bis 2024 befristeten Digitalpakt weitergeht. Ein nochmaliges jahrelanges Hin-und-Her zwischen Bund und Ländern um abermals nur befristete Programme sollte nach den harten Lehren durch die Corona-Krise nicht wiederholt werden. Wenn wir wirklich eine bildungspolitische Lehre aus der Corona-Krise ziehen wollen, dann brauchen wir nachhaltige strukturelle Lösungen und kein Flickwerk mehr, das viele Jahre die Bildungspolitik zwischen den staatlichen Ebenen begleitet hat.

Von flächendeckend genutzten virtuellen Lehr-/Lernsettings, die dem 4K-Modell (Kommunikation, Kollaboration, Kreativität und kritisches Denken) mit seinen Schlüsselkompetenzen des 21. Jahrhundert Rechnung tragen, sind wir in der „digitalen Bildung“ noch weit entfernt.

Ich wünsche Euch trotz aller Coronabedingten Einschränkungen einen erfolgreichen Start in das neue Schuljahr

Dieter Freund

INHALTSVERZEICHNIS

Digitalisierung und Nachhaltigkeit – Pflicht	3
News	4
KFZ-Azubis produzieren Lehrfilme	6
K. Tucholskys Regeln für schlechten Redner	7
Daten zur Schul- und Bildungsgeschichte	8
Blok – Online Berichtsheft	9
HPRL-Intern	10
Jugendwerkstatt Felsberg	12
Ein Drittel ohne Berufsabschluss	14
Hamburger Berufsschul-Entwicklung	15
Publikationen	16
Schule, du hast ein Problem	17
Neue Ausbildungsordnung für Groß- und Außenhandel	18
Neue Ausbildungsordnung für Laborberufe	19
Duale Berufsausbildung in Indien	20
Mindestausbildungsvergütung für Azubis	22
Schlaue Gebäude	23
Ausbildung – Investition gegen Fachkräftemangel	24
Kämpferische Azubis – Respekt	25
GEW-Tagung Politische Bildung	26
BBW-Südhessen – Wege zur Inklusion	28
Erklärung zur Politischen Bildung	30
Denk-doch-Mal: Das online-Magazin	31
John Lennon: IMAGINE	32

DIGITALISIERUNG UND NACHHALTIGKEIT KÜNFTIG PFLICHTPROGRAMM FÜR AUSZUBILDENDE

Mindeststandards für alle Ausbildungsberufe

Die für berufliche Bildung verantwortlichen Akteure haben sich darauf geeinigt, dass künftig Kompetenzen aus den Bereichen Digitalisierung und Nachhaltigkeit in jedem Ausbildungsberuf vermittelt werden. Hierfür haben sie neue sogenannte **Standardberufsbildpositionen** beschlossen. Dazu erklärt Bundesbildungsministerin Anja Karliczek:

„Die Bewältigung der Corona-Krise und ihrer Auswirkungen dominiert aktuell unser aller Handeln. Das betrifft in weiten Teilen auch die berufliche Bildung. Trotzdem dürfen wir die Zeit nach der Krise nicht aus den Augen verlieren. Die Digitalisierung der Arbeitswelt und der Klimaschutz werden uns auch nach der Gesundheitskrise wieder stärker beschäftigen. Unternehmen brauchen auch in Zukunft gut qualifiziertes Personal, um die Herausforderungen der Digitalisierung und des Klimawandels meistern zu können.

Deshalb haben wir die Themen Digitalisierung, Umweltschutz und Nachhaltigkeit ins Pflichtprogramm aller dualen Ausbildungen aufgenommen. Sie werden während der gesamten Ausbildungszeit gemeinsam mit den berufsspezifischen Fachkenntnissen vermittelt. Damit werden die Auszubildenden noch mehr auf die Anforderungen der Zukunft vorbereitet.

Nehmen wir zum Beispiel den Bäckerlehrling: Künftig ist in seiner Ausbildung fest verankert, wie er nachhaltige Produkte beim Backen verarbeitet und Backware umwelt-

schonend und haltbar verpackt. Am Ende der Ausbildungszeit wird der Mindeststandard gemeinsam mit den Fachkenntnissen geprüft.

Mit diesem Schritt können wir auch dazu beitragen, die Ausbildung wieder attraktiver zu machen. Gerade junge Leute interessieren sich für Digitalisierung, Umweltschutz und Nachhaltigkeit.

Um die Ausbildung nachhaltiger und digitaler zu gestalten, haben alle für berufliche Bildung Verantwortlichen - Bund, Kultusministerien der Länder, Arbeitgeberverbände und die Gewerkschaften - an einem Strang gezogen. Damit können die neuen Mindeststandards wirklich in allen Bereichen der Ausbildung vermittelt werden - sowohl im Betrieb als auch in der beruflichen Schule. Mit den neuen zukunftssträchtigen Mindeststandards zeigt sich der Erfolg einer traditionsreichen Zusammenarbeit aller Akteure der beruflichen Bildung.“

Hintergrund:

Als Standardberufsbildpositionen bezeichnet man Ausbildungsinhalte, die in allen dualen Ausbildungsberufen identisch sind. Sie werden während der gesamten Ausbildungszeit im Zusammenhang mit fachspezifischen Kompetenzen vermittelt und sind auch Gegenstand der Prüfungen. Sie sind als Mindest-

anforderungen in jedem einzelnen Ausbildungsberuf zu verstehen.

Auch bisher gab es Standardberufsbildpositionen, die aber inhaltlich nicht mehr auf dem neuesten Stand waren und deshalb modernisiert wurden. Dabei wurden vor allem die veränderten Qualifikationsanforderungen - bedingt durch die zunehmende Bedeutung von Umweltschutz und Nachhaltigkeit sowie den digitalen Veränderungsprozessen - in allen Ausbildungsberufen berücksichtigt.

In einer Arbeitsgruppe des Hauptausschusses beim Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) wurden daher **vier neue Standardberufsbildpositionen** erarbeitet:

- ☛ Umweltschutz und Nachhaltigkeit
- ☛ Digitalisierte Arbeitswelt
- ☛ Organisation des Ausbildungsbetriebs, Berufsbildung sowie Arbeits- und Tarifrecht
- ☛ Sicherheit und Gesundheit bei der Arbeit

Die neuen Standards gelten für alle dualen Ausbildungsordnungen, die ab dem 01.08.2021 in Kraft treten.

BMBF-PM 30.04.2020 - 052/2020]

Wir alle sollten uns um unsere Zukunft sorgen,
denn wir werden den Rest unseres Lebens darin verbringen.
Charles Franklin Kettering (1876 – 1958)

Die neue Teilzeitausbildung § 7a BBiG

Mit der BBiG-Novelle gelten auch neue Regeln für die Teilzeitausbildung. War die Teilzeitausbildung bisher reduziert auf Eltern mit einem pflegebedürftigen Kind, öffnet sie sich nunmehr seit dem 01. Januar 2020 für alle

res 2019, Informationen zum Ausbildungsmarkt, zu Struktur und Entwicklung der Berufsausbildung, zu Maßnahmen zur Verbesserung von Berufsorientierung und Übergangssystem, zu Inklusion und Integration, zur Förderung von Ausbildung in den Bereichen der Pflege und Erziehung, zur Entwicklung nach dem Ausbildungsstart und dem Übergang in den Arbeitsmarkt, außerdem zur Stärkung der höherqualifizierenden Berufsausbildung und zur Weiter-

Kapitalismuskritik

„Heute kann man zynisch feststellen, dass der Kapitalismus gerade vollendet, was der sogenannte Sozialismus im Osten trotz Anstrengung nicht ganz hinbekommen hat: die Vernichtung der Zukunft durch Zerstörung der Umwelt. Das ist eine ganz neue Überlegenheit des Systems.“

(Martin Kaysh, Kabarettist)

Auszubildenden und gibt somit leistungsschwächeren Menschen mit Behinderung oder sonstigen Einschränkungen oder z.B. Mutter mit Kind eine Chance. Allerdings gilt in jedem Fall, dass der Betrieb damit einverstanden sein muss. Die Kürzung der täglichen oder wöchentlichen Ausbildungszeit darf aber höchstens 50 Prozent betragen. Entsprechend verlängert sich die Dauer der Ausbildung. Die Berufsschule muss auch bei Teilzeitauszubildenden regulär besucht werden. Die Ausbildungsvergütung wird bei Teilzeitauszubildenden anteilig verkürzt (§ 17 BBiG).
Pocketbroschüre zum Download auf www.jugend.dgb.de/-/abj.

Berufsbildungsbericht 2020

Der Berufsbildungsbericht 2020 der Bundesregierung enthält unter anderem: eine Ausbildungsbilanz des Jah-

entwicklung und Zukunftsorientierung des Berufsbildungssystems. Es wird ein Überblick gegeben über die berufsbildungspolitischen Aktivitäten und Programme der Bundesregierung. **Der Berufsbildungsbericht 2020 ist abrufbar unter www.bmbf.de/de/berufsbildungsbericht-2740.html.**

Datenreport 2020 veröffentlicht

Der Datenreport des BIBB ergänzt den jährlichen Berufsbildungsbericht der Bundesregierung um umfassende Informationen und Analysen zur Entwicklung der beruflichen Bildung in Deutschland.

Er zeigt unter anderem, dass sich der leichte Anstieg bei den neu abgeschlossenen Ausbildungsverträgen in den Jahren 2017 und 2018 im vergangenen Jahr nicht fortgesetzt hat. So ging die Zahl der neu abgeschlossenen Ausbil-

dungsverträge 2019 im Vergleich zum Vorjahr um 6.300 (-1,2 %) auf insgesamt 525.100 zurück.

Der BIBB-Datenreport 2020 kann unter www.bibb.de/datenreport-2020 kostenlos heruntergeladen werden.

Bildung in Deutschland 2020 – der aktuelle Bildungsbericht ausführlich und kompakt

Am 23.6.2020 erschien der aktuelle Bildungsbericht. Der nunmehr achte Bildungsbericht beschreibt die Gesamtentwicklung des deutschen Bildungswesens. Schwerpunkt des aktuellen Berichts ist „Bildung in einer digitalisierten Welt“. Der Bericht steht in einer ausführlichen und einer kompakten Variante im Netz zum freien Download zur Verfügung.

Download unter www.bildungsbericht.de oder www.bildungsserver.de

Podcast: „Audio-Linkempfehlungen zu digitaler Unterrichtsgestaltung“

Eine Auswahl praxisnaher Internetseiten aus dem Deutschen Bildungsserver, die Lehrenden Tipps und Anregungen für die Vorbereitung und die Durchführung digitaler Unterrichtseinheiten bieten. https://www.bildungsserver.de/nachricht.html?nachricht_id=1079

Newsletter qualifizierung digital

www.qualifizierungdigital.de bietet umfangreiche Informationen zum Einsatz digitaler Medien in der beruflichen Qualifizierung. Der Schwerpunkt liegt in der beispiel-

haften Darstellung von Projektergebnissen und Projekterkenntnissen mit einem besonderen Nutzen für die berufliche Bildung.

Umweltbildungsinitiative „Lightcycle Rohstoffwochen“

Im Rahmen der „Lightcycle Rohstoffwochen“ kommen erfahrene Umweltpädagog*innen direkt ins Klassenzimmer und gehen mit den Jugendlichen auf eine weltweite Spurensuche nach Rohstoffen. Livesatellitenbilder machen im Vergleich mit Archivaufnahmen und Grafiken die globalen ökologischen und sozialen Folgen von Rohstoffabbau, -transport, -verarbeitung, -nutzung und -entsorgung sichtbar. In aufeinander abgestimmten Lernbausteinen erleben und erarbeiten sich die Schüler*innen den Zusammenhang zwischen unserem Lebensstil und den Folgen des wachsenden Hungers nach Rohstoffen. Interessierte weiterführende Schulen können sich für die kostenfreie Teilnahme bewerben. https://www.bildungserver.de/onlineresource.html?onlineresourcen_id=61697

Der Europass macht Schule – Unterrichtsmaterialien

Zu den Themen Mobilität, Europass und Bewerbung hat das Nationale Europass Center eine CD-Rom mit Unterrichtsmaterialien für alle Schulformen erarbeitet. Im Fokus stehen dabei insbesondere berufsbildende Schulen. <https://www.europass-info.de/mediathek/publikationen/>

Politischer Extremismus

Im Dossier der Bundeszentrale für Politische Bildung finden sich viele Beispiele, welche Formen politischer Extremismus annehmen und was die Gesellschaft dagegen

tun kann: www.bpb.de/extremismus

Allianz für Aus- und Weiterbildung beschließt Maßnahmepaket

Nicht nur auf dem Arbeitsmarkt hinterlässt die Corona-Pandemie Spuren, wie der deutliche Anstieg der Arbeitslosenzahl im April zeigt. Auch für den Ausbildungsmarkt sind erhebliche Auswirkungen zu erwarten. Bereits jetzt zeichnet sich ein Rückgang beim Ausbildungsstellenangebot ab. Um negativen Folgen für die berufliche Zukunft junger Menschen und für die Fachkräftesicherung entgegenzuwirken, haben die Partner der Allianz für Aus- und Weiterbildung in einer gemeinsamen Erklärung ein Paket von Maßnahmen vereinbart. **Allianz für Aus- und Weiterbildung 2019-2021: Gemeinsame Erklärung (PDF)**

Bundesprogramm „Ausbildungsplätze sichern“ beschlossen

24.06.2020 Das Bundeskabinett hat heute die Eckpunkte für ein Bundesprogramm „Ausbildungsplätze sichern“ beschlossen. Für die Unterstützung von Ausbildungsbetrieben sowie ausbildenden Einrichtungen in den Gesundheits- und Sozialberufen und deren Auszubildenden stellt die Bundesregierung in den Jahren 2020 und 2021 bis zu 500 Millionen Euro bereit. **BMBF: Bundesprogramm „Ausbildungsplätze sichern“**

Abgehängte Jugendliche

Die Zahl der Schulabbrecher*innen in Deutschland liegt derzeit bei 6,8 Prozent. Der DGB hat in einer Studie verglichen, welche Ausbildungsplätze dieser Gruppe offenstehen. Ergebnis: Von

etwa 96 Prozent aller Angebote waren Schulabbrecher*innen ausgeschlossen. Schon mit einem Hauptschulabschluss wird es zunehmend schwierig, eine Ausbildung zu bekommen. Auf gut 64 Prozent der Stellen können sich Jugendliche trotz eines einfachen Schulabschlusses nicht bewerben; das Hauptschulzeugnis reicht den Betrieben offensichtlich nicht mehr aus.

www.dgb.de/-/SWW in: *solik-aktuell* 03/2020

Kommentar: Bisher war es zwischen den Tarifvertragsparteien Konsens, dass alle Ausbildungsberufe auf der Grundlage des Hauptschulabschlusses erreichbar sein müssen. Und in allen KMK-Rahmenlehrplänen für alle Ausbildungsberufe steht in den Vorbemerkungen der Satz: „Der Rahmenlehrplan baut grundsätzlich auf dem Hauptschulabschluss auf“. Soweit die Theorie, die Praxis sieht leider ganz anders aus. (Dieter Staudt)

Artikelarchiv von Bildung + Innovation

Das Archiv von Bildung + Innovation bietet thematisch gegliedert Zugang zu allen bisher erschienenen Artikeln. „Sprachförderung“, „Demokratieerziehung“, „Bildung für Nachhaltige Entwicklung“ und „Lebenslanges Lernen“ sind nur einige der verfügbaren Rubriken. Artikel zu Digitalisierung und Bildung sind in der Rubrik „E-Learning“ zu finden.

<https://www.bildungserver.de/innovationsportal/bildungplusartikel.html?artid=archiv>

*Zusammenstellung und
Ausführungen
Dieter Staudt*

An einer Berufsschule im Sauerland produzieren Kfz-Azubis Filme für ihren Youtube-Kanal. Damit vertiefen sie im Unterricht ihr Fachwissen, gewinnen an Medienkompetenz und schaffen Bildungsmaterialien für andere.

Kfz-AZUBIS PRODUZIEREN LEHRFILME

Vincent Hochhausen

Angehende Kfz-Mechatroniker am Höne Berufskolleg im nordrhein-westfälischen Menden erstellen Erklärvideos, die als freie Bildungsmaterialien auf Youtube veröffentlicht werden. Lehrer Markus Schäfer hat dieses Konzept unter dem Namen *kfz4me* selbst entwickelt und seit dem Start des Youtube-Kanals 2011 überarbeitet.

Mit dem Konzept wollte Schäfer einen Weg finden, den Schülerinnen und Schülern digitale Handlungskompetenzen zu vermitteln und dabei pädagogischen Mehrwert zu schaffen – einerseits durch die Vertiefung des Fachwissens im Arbeitsprozess am Video, andererseits durch das Endprodukt, das im Unterricht genutzt werden kann. „Das Format, in dem die Lernvideos entstehen deckt fast alle Kompetenzen ab, die der digitale Kompetenzrahmen der Kultusministerkonferenz vorgibt“, erklärt Schäfer, so etwa „Kommunizieren und Kooperieren“ oder „Produzieren und Präsentieren“. Mittlerweile wurden die Videos mehr als eine Million mal angeklickt.

Schüler schreiben Manuskripte

Für die Videos schreiben die Schülerinnen und Schüler Manuskripte, die fachlich und sprachlich sitzen müssen. Nur so wird die Arbeit bildungswirksam, die Schüler müssen die Texte sorgfältig formulieren, auch wenn sie nur kurz sind“, sagt Schäfer. Neben der inhaltlichen Richtigkeit sei es wichtig, die Wiederholung zentraler

Begriffe nicht zu vermeiden, so, wie es die Schüler oft in der Schule gelernt haben. Von der Idee, die Schülerinnen und Schüler selbst vor der Kamera sprechen zu lassen, kam Schäfer schnell ab. Zum einen aus rechtlichen Gründen, da das Recht am eigenen Bild die weiteren Nutzungsmöglichkeiten der Videos einschränken würde. Und weil es didaktisch nicht sinnvoll sei. „Es geht dann nicht mehr um den Inhalt, sondern um die Performanz. Außerdem schämen sich viele vor der Kamera“, sagt er.

Jeder kann alles machen

Die Themen für die einzelnen Videos entstehen bei *kfz4me* im regulären Unterricht. Kleinteilige Wissensschnipsel – etwa die

einige Wochen später das Einsprechen der Texte und der Schnitt der Videos bei einer Projektwoche.

„Durch die mehrmalige intensive Beschäftigung mit den Inhalten über einen langen Zeitraum hinweg entsteht ein starker Lerneffekt“, sagt Schäfer. Lehrkräfte können dabei die Aufgaben so verteilen, dass verschiedene Schüler die einzelnen Aufgabenschritte zu einem Video übernehmen. So kann man flexibel auf die Lernbedarfe der einzelnen Schüler eingehen und einen Azubi zum Beispiel ein Video zu dem Thema schneiden lassen, bei dem er noch Probleme hat.

Mittlerweile ist das Konzept am Höne Berufskolleg so etabliert, dass es Teil der Ausbildung für



©pixabay.com

Demontage einer Zylinderkopfhaube oder die Funktionsweise einer selbstnachstellenden Kupplung – verteilt der Lehrer an die Schülerinnen und Schüler. Sie schreiben ein kurzes Manuskript. Wenn dieses geprüft und überarbeitet ist, folgt

Kfz-Mechatroniker bleibt – obwohl Schäfer seit diesem Jahr nicht mehr dort arbeitet, sondern als Fachberater bei der Bezirksregierung Arnsberg. Themen für die Erklärvideos werden ihnen laut Schäfer nicht ausgehen. „Die Clips sind so

kleinteilig, dass man nie das gesamte Fachwissen abdecken kann“, sagt er.

Im Überblick: Erklärvideos in 7 Schritten

1. Themenfindung

Aus den im Unterricht bearbeiteten Inhalten wählen Schüler und Lehrer kleinteilige Wissensseinheiten aus, die sich für kurze Erklärvideos eignen.

2. Manuskript erstellen

Jede Schülerin und jeder Schüler erstellt ein Manuskript mit dem Text, der für das Video eingesprochen werden soll. Die Manuskripte für ein zwei- bis dreiminütiges Video müssen dabei rund 1000 bis 2000 Zeichen lang sein.

3. Medien aussuchen

Die Bilder oder Filmausschnitte, die im Video gezeigt werden sollen, werden ausgewählt. Bei *kfz4me* kommen meist statische, selbst erstellte Bilder oder Grafiken zum Einsatz.

4. Qualitätskontrolle des Manuskriptes

Das Manuskript wird von der Lehrkraft und/oder einem Mitschüler geprüft und überarbeitet. Neben der fachlichen Richtigkeit kommt es auf eine klare und einfache Sprache an.

5. Aufzeichnung

Schülerinnen und Schüler – es müssen nicht diejenigen sein, die das jeweilige Manuskript verfasst haben – sprechen die Texte ein. Tipp: Im Stehen zu sprechen verbessert das Ergebnis.

6. Schnitt

Das Video wird im Zuge einer Projektwoche mit Hilfe geeigneter Software geschnitten. Bei *kfz4me* wird dafür das Programm Camtasia genutzt.

7. Nachnutzung

Die Lernvideos eignen sich zur Wissensauffrischung im Arbeitsalltag oder zur Vor- und Nachbereitung eines Themas. Die *kfz4me*-Videos werden auf einem Youtube-Kanal der Öffentlichkeit zugänglich gemacht.

BILDUNGSPRAXIS – didacta Magazin für berufliche Bildung, Ausgabe 4/2019, S. 10-12, www.bildungspraxis.de (Azubis machen Lehrfilme)

KURT TUCHOLSKYS REGELN FÜR EINEN SCHLECHTEN REDNER

- ☛ Fang nie mit dem Anfang an, sondern immer drei Meilen vor dem Anfang! Etwa so: „Meine Damen und meine Herren! Bevor ich zum Thema des heutigen Abends komme, lassen Sie mich kurz...“
- ☛ Sprich nicht frei, das macht einen so unruhigen Eindruck. Am besten ist es: du liest deine Rede ab. Das ist sicher, zuverlässig, auch freut es jedermann, wenn der lesende Redner nach dem vierten Satz misstrauisch hochblickt, ob auch noch alle da sind.
- ☛ Wenn du denn frei sprechen musst, sprich mit langen, langen Sätzen, die Nebensätze schön ineinander geschachtelt, so dass der Hörer ungeduldig auf seinem Sitz hin und her träumend, auf das Ende solcher Periode wartet.
- ☛ Fang immer bei den alten Römern an und gib stets, wovon du auch sprichst, die geschichtlichen Hintergründe der Sache.
- ☛ Kümmere dich nicht darum, ob die Wellen, die von dir ins Publikum laufen, auch zurückkommen - das sind Kinkerlitzchen. Sprich unbekümmert um die Wirkung, um die Leute, um die Luft im Saale; immer sprich mein Guter.
- ☛ Wenn du einen Witz machst, lach vorher, damit man weiß, wo die Pointe ist.
- ☛ Kündige den Schluss deiner Rede lange vorher an, damit die Hörer vor Freude nicht einen Schlaganfall bekommen.
- ☛ Sprich nie unter anderthalb Stunden, sonst lohnt es gar nicht erst anzufangen.
- ☛ Wenn einer spricht, müssen die Anderen zuhören - das ist deine Gelegenheit.

Missbauche sie.



DATEN ZUR SCHUL- UND BILDUNGSGESCHICHTE

1810 Gründung der ersten modernen Universität in Berlin

1871 Erste Berufsschule; Die Reichsgewerbeordnung überträgt die Berufliche Bildung den Industrie- und Handels- sowie Handwerkskammern. Erste Fortbildungs-(Berufs-)schulen werden eingerichtet. 1897 wird die nichtakademische Berufsbildung im „dualen System“ (Ausbildung in Betrieb mit schulischer Ergänzung) geregelt.

1910 Die Schule ist für Erziehung, nicht für Wissen zuständig. Die Bildung der Jungen ist wichtiger als die der Mädchen. Deshalb sitzen die Jungen in den Fensterreihen, damit sie besser Licht bekommen, um besser lernen zu können

1918 Festlegung der Allgemeinen Schulpflicht bis zum 18. Lebensjahr. Für schulentlassene Schüler*innen bedeutet das die Berufsschulpflicht

1919/20 Einführung der gemeinsamen Grundschule

1933 Vorrangiges Ziel des Erziehungsstaates ist die körperliche und seelische Vorbereitung auf den Krieg.

1949 Der Föderalismus wird im Grundgesetz verankert. Bildung fällt damit in die Zuständigkeit der Länder

1960 6 Prozent eines Jahrgangs erreichen das Abitur. Seit Beginn der 1990er Jahre ist das Gymnasium die meistbesuchte Schulform, heute über 50 Prozent der Schüler*innen

1968 Aufbruchsstimmung; Slogan „Die Revolution geht durch die Schulen“

1968 Gründung der ersten Fachhochschule; gleichzeitig Geburtsstunde der Fachoberschule

1969 Erstes Berufsbildungsgesetz für duale Ausbildungsverhältnisse; 2005 und 2019 Neufassungen und Erweiterungen

1970 Wissenschaftliche Taschenrechner kommen auf den Markt und verdrängen in den 80er endgültig die bis dahin üblichen Rechenschieber

1970 Der Kindergarten erhält den Status als Elementarbereich und wird damit Bestandteil des Bildungssystems

1973 Einführung der Gesamtschule

1983 In Bayern wird als letztem Bundesland die Prügelstrafe abgeschafft

1990 Whiteboards; die klassische grüne Tafel bekommt Konkurrenz von einer weißen, mit Filzstift beschreibbaren Tafel. In der Folge kamen interaktive Whiteboards, Beamer, PC's und – seit 2010 – Tablets in den Unterricht

Ab 1990 Abkehr des bisherigen fachsystematischen Lernens in den berufsbildenden Schulen hin zu einem „handlungsorientierten Lernen“. Handlungskompetenz wird das Ziel beruflicher Bildung, verstanden als die Einheit von Sach-, Personal- und Sozialkompetenz. In diesem Sinne werden nach und nach alle Lehrpläne neu strukturiert

1996 Der Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz ab dem vollendeten 3. Lebensjahr wird eingeführt

1997 KMK beschließt länderübergreifende Bildungsstandards. Bis 2012 werden für alle Schulformen abschlussbezogene Bildungsstandards eingeführt

1999 Bologna-Prozess; Europäische Vereinheitlichung von Studiengängen und -abschlüssen

2001 Pisa-Schock; Deutschland landet beim ersten PISA-Vergleichstest unter 32 Ländern nur auf Platz 21

2006 Kooperationsverbot durch Föderalismusreform

2007 Inklusion; Die UN-Behindertenrechtskonvention tritt in Kraft. 2009 verpflichtet sich auch Deutschland zur Inklusion und damit zur gemeinsamen Unterrichtung behinderter und nichtbehinderter Schüler*innen. Damit wird das deutsche Sonderschulwesen in Frage gestellt.

2009 Auf den Lehrer kommt es an; John Hatties Studie „Visible Learning“ zeigt, dass Lehrkräfte entscheidend für den Lernerfolg der Schüler*innen sind

2018 Bei den ICILS-Vergleichsstudien 2018 gaben 91% der Schüler*innen in Dänemark an, jeden Tag digitale Medien im Unterricht zu nutzen, in Deutschland sind es 4 Prozent

2019 Digitalpakt Schule; Der Bund stellt 5 Milliarden Euro für die Digitalisierung an Schulen bereit. Die Länder müssen 10 Prozent dazu legen.

Zusammenstellung: Dieter Staudt
Weiteres unter: www.bpb.de/fsd/timeline/bildungssystem

BLOK- ONLINE-BERICHTSHEFT ZUR STÄRKUNG DER LERNORTKOOOPERATION

Blok ist Deutschlands erster Online-Ausbildungsnachweis, der über alle Lernorte der Berufsausbildung funktioniert. Die Auszubildenden eines Ausbildungsbetriebes können ihre Berichtshefte online führen. Die verantwortlichen betrieblichen

Für die gesamte Ausbildung gilt damit: Kein Papier, keine Ordner, keine unleserlichen Schreibschriften. Dafür kann jederzeit im Berichtsheft über die Stichwortsuche recherchiert werden. Bis zur Abnahme durch einen Ausbilder oder Lehrer haben Auszubildende

*„Nicht nur für eine Prüfung in drei oder vier Jahren dokumentieren, sondern einen persönlichen Wissenspeicher erstellen.“
(Andreas Überschaer)*

außerdem die Möglichkeit, ihre Einträge noch einmal zu korrigieren.

Ausbilder haben die Möglichkeit, die Berichtsheftwochen dann ebenso zeit- und ortsunabhängig einzusehen und abzunehmen, wie die Berufsschullehrer und die überbetrieblichen Ausbilder. Selbst die Kammer kann sich beteiligen und die Berichtshefte zur Prüfung online entgegen nehmen. Bundesweit nutzen derzeit mehr als 5000 Ausbildungsbetriebe das Online-Berichtsheft BLOK.

Ziele und Möglichkeiten von BLOK

Primär wurde mit dieser Weiterentwicklung das Ziel verfolgt, die Lernortkooperation zwischen Betrieben und Schulen durch eine einheitliche und gemeinsame Informationsbasis aller an der Berufsausbildung beteiligten Akteure zu verbessern.

Darüber hinaus sollte durch die funktionale Erweiterung des herkömmlichen Berichtsheftes um ein Entwicklungsportfolio mehr Transparenz hinsichtlich der beruflichen Handlungsfähigkeit der Auszubildenden im Ausbildungsverlauf erzeugt werden.

Weitere Vorteile des digitalen Berichtsheftes BLOK bestehen in einem schnelleren Feedback zu den Leistungen des Auszubildenden - durch Abnahmeprozesse und eine Kommentarfunktion - sowie in der Transparenz bezüglich der Schwerpunkte des eigenen Berufs - durch hinterlegte Rahmenpläne und einer Darstellung des Entwicklungsstands.

Durch das Sammeln von ergänzenden Dokumenten wird eine vernetzte Informationsbasis geschaffen, die dann vom Auszubildenden, aber auch vom

Ausbildenden, über die verschiedenen Inhaltsebenen wieder recherchiert werden kann.

Über die Dokumentenablage können beliebige Dokumente und Bilddateien - also auch digitalisierte Skizzen und technische Zeichnungen - gesammelt und mit einer Berichtsheftwoche verbunden werden.

Anmeldung bei BLOK

- **Auszubildende** können sich jederzeit bei BLOK kostenfrei anmelden und mit der Berichtsheftführung online beginnen.
- **Unternehmen** müssen sich vorher für die Nutzung von BLOK registrieren.
- **Berufsschullehrer** können BLOK kostenfrei nutzen, allerdings muss sich die jeweilige Berufsschule bei BLOK registrieren.
- Die **Kammern** sind die zentralen Punkte in der Ausbildung. Sie können BLOK für ihre angeschlossenen Unternehmen zur Verfügung stellen oder passiv an BLOK teilnehmen.

Hinweis: BLOK - Das Online-Berichtsheft ist Teil der bundesweiten BMBF-Transferkampagne „Digitale Medien im Ausbildungsalltag“.

Näheres unter

www.online-ausbildungsnachweis.de

	BLOK inklusive Entwicklungsportfolio	Planungs-Modul optional	Checklisten-Modul optional
Grundgebühr	79,95€ einmalig	100€ jährlich	keine
Nutzungsentgelt	9,95€ je Ausbildungsjahr je Auszubildende	5€ je Ausbildungsjahr je Auszubildende	3€ je Ausbildungsjahr je Auszubildende

Alle Preise verstehen sich netto, zzgl. Mehrwertsteuer in gesetzlicher Höhe
Nutzungsentgelte werden immer für ALLE dem Unternehmen zugeordneten Azubis berechnet

Haupthemen waren die verschiedenen Öffnungsschritte der Schulen und die Überlegungen des Ministeriums zur Unterstützung der Schulen beim Einsatz digitaler Medien (Schulportal, dienstliche Emailadressen, Videokonferenzsysteme). Im Bereich berufliche Schulen standen die Folgen von Corona für den Ausbildungsmarkt sowie die Berufsbildenden Schulen und die Fortsetzung von BÜA 2.0 auf der Agenda.

Corona allgemein

Die Entwicklung durch die Corona-Pandemie stellte den HPRLL vor große Herausforderungen. Sitzungen mussten vor den Osterferien abgesagt werden. Das Ministerium versuchte in dieser Zeit, viele Sachen ohne Beteiligung des HPRLL in Kraft zu setzen. In einem Fall musste der HPRLL ein Beschlussverfahren beim Verwaltungsgericht Wiesbaden einleiten. Alle Regelungen zur Öffnung von Schulen wurden erst im Nachgang mit dem HPRLL erörtert. Um die Mitbestimmung des HPRLL zu umgehen, zog sich das Ministerium auf die Argumentation zurück, dass die Coronaregeln nicht im HKM, sondern in anderen Ministerien beschlossen wurden.

Das Ministerium und hier, insbesondere Minister und Staatssekretär, agierten bei der Öffnung der Schulen äußerst chaotisch, Freitags Mittag wurden Erlasse versendet, die samstags in der Presse standen und die Montagmorgen umgesetzt werden sollten.

Was gestern noch als unumstößliche wissenschaftliche Grundlage galt, war am nächsten Tag nicht mehr relevant. Gleichzeitig setzte in der Öffentlichkeit ein Lehrkräfte Bashing ein. Was Corona klar machte: das Wohl der Lehrkräfte aber auch der Schüler*innen steht nicht im Mittelpunkt der Überlegungen des Ministers sondern lediglich, dass die Interessen der Eltern befriedigt werden.

Die GEW reagierte gut und schnell und informierte Mitglieder, Personalräte und Vertrauensleute regelmäßig über Emailverteiler. Die fast täglich neuen Erlasse des Ministeriums sind auf der GEW-Hessen-Homepage (www.gew-hessen.de) mit rechtlicher Einordnung zu finden. Hierzu ein Zitat aus einer Schulleitungsemail einer großen beruflichen Schule: „In der Anlage die neuen Corona-Erlasse des Ministers. Zur rechtlichen Interpretation und Einordnung verweise ich auf die Homepage der GEW Hessen.“

Kurz vor den Sommerferien kündigte der Minister in Schreiben an die Schulen und Eltern an, dass nach den Sommerferien Unterricht nach Stundentafel und ohne Abstandsregeln erfolge. Für Risikoschüler*innen soll die elektronische Teilnahme ermöglicht werden. Wie dies mit 10-20% weniger Lehrkräften (Risikogruppe) und ohne technische Neuausstattung gehen soll, erwähnt Herr Lorz aber nicht. Auch die rechtlichen Grenzen bei der Aufzeichnung und elektronischer Verarbeitung von Unterrichtsstunden sind nicht geklärt.

Corona und Berufsbildende Schulen

Mit immensem Einsatz der Lehrkräfte und der Schulleitungen konnte das Coronahalb-jahr relativ gut zu Ende gebracht werden. Die Vollzeitschüler*innen erhielten ihre Abschlüsse und die vorgesehenen Prüfungen konnten durchgeführt werden. Auch die Abschlussprüfungen in der dualen Ausbildung konnten bis auf wenige Ausnahmen, die noch in den ersten Ferienwochen stattfanden, vor Ferienbeginn abgeschlossen werden. Somit wurde ein Ziel der Coronaver einbarung vom April 2020 zwischen Gewerkschaften, Arbeitgebern und Landesregierung bereits verwirklicht.

Aus Schulen wurde zurückgemeldet, dass die meisten Schüler*innen und Auszubildenden auch während der Schulschließung erreicht wurden. Schwierigkeiten gab es bei Schüler*innen aus bildungsfernen und ethisch oder/und sozial benachteiligten Schichten. Diese Schüler*innengruppe muss im neuen Schuljahr besonders betreut werden, damit nicht eine abgehängte ‚Generation Corona‘ entsteht.

Die Zahlen der Bundesagentur für Arbeit sind nicht ganz so schlimm wie erwartet. Im Mai wurde lediglich ein Rückgang der Ausbildungsstellen von knapp unter 10% festgestellt. Was erst mal erstaunlich ist, dass auch die Bewerbungszahlen um knapp 10% sinken. Daraus könnte man schließen, dass sich die Situati-

on am Ausbildungsmarkt nicht gravierend verschlechtert hat. Hier kommt eine andere Zahl ins Spiel: die Zahl der Schulentlassenen ist gegenüber dem Vorjahr gleichgeblieben. Dies bedeutet, dass 10% weniger in Ausbildung gehen. Diese jungen Menschen bleiben in den Schulen und wechseln zumeist in die Vollzeitformen der beruflichen Schulen mit der Folge der Mehrklassenbildung. Hier werden wahrscheinlich zum neuen Schuljahr viele berufliche Schulen an ihre personellen Grenzen stoßen, da für die Vollzeitformen wesentlich mehr Lehrkräfte notwendig sind. Auf Anfrage des HPRLL nach Überlegungen des Ministeriums zur Unterstützung der Schulen hierbei erfolgte nur ein Schulterzucken.

Abitur 2021

Anstatt wegen des coronabedingten Unterrichtsausfalls Inhalte der Abiturprüfung zu streichen, wird die Abiturprüfung 2021 nach hinten verschoben. Für die damit verbundene Verdichtung der Arbeitszeit durch Korrekturen will das Ministerium keine landesweiten Vorgaben machen und auch keine Mittel zur Verfügung stellen. Zur Problematik in den beruflichen Schulen bei einer Verschiebung des Abiturs von März in den Mai und der möglichen Kollision mit den Prüfungsterminen der anderen Schulformen der beruflichen Schulen hat sich das Ministerium keine Gedanken gemacht.

Berufsfachschule zum Übergang in Ausbildung – BÜA 2.0

Der landesweite Fachtag im April zur Erweiterung des Schulversuchs auf weitere Schulen (BÜA 2.0) ab dem Schuljahr 2021/22 musste abgesagt wer-

den. In der HPRLL-Sitzung am 2. Juli erklärte das Ministerium, dass BÜA 2.0 wie geplant (vergl. Insider 04/2019) ab dem Schuljahr 2021/22 startet.

Bis zum Ende der Ferien sollen alle Schulen benachrichtigt werden. Voraussetzung zur Teilnahme soll ein Beschluss der Gesamtkonferenz sein. Die Dienststelle erklärte in der Sitzung, dass noch nicht geklärt sei, ob die neuen zusätzlichen Stellenanteile für sozialpädagogische Unterstützung den Schulen als Landesstellen zugewiesen oder ob die Stellenanteile an freie Träger gegeben werden. Der HPRLL plädiert in einer Stellungnahme für die Zuweisung von Landesstellen. Dies sei zum einen aus pädagogischen Gesichtspunkten wichtig. Zum anderen sei der Schulversuch so angelegt, dass danach die Überführung in die Regelform geplant sei.

Dienstliche Emailadressen, Schulportal, Videokonferenzsysteme

Während der Schulschließung nutzten die Lehrkräfte private oder vom Schulträger finanzierte Emailadressen. Das Ministerium plante, zum Schuljahresbeginn 2020/21 allen Landesbeschäftigten an Schulen und allen Personalräten dienstliche Emailadressen zur Verfügung zu stellen. Während der Erörterung konnte die Dienststelle überzeugend darlegen, dass sie ein dem Datenschutz entsprechendes System, das relativ barrierefrei gestaltet ist, geschaffen hat. Der Hauptpersonalrat begrüßte daher deren Einrichtung.

Aber er musste die Richtlinie ablehnen, da die Abrufung mit allen dienstrechtlichen Konse-

quenzen nicht verpflichtend sein kann, solange der Arbeitgeber nicht die Ausstattung zur Nutzung zur Verfügung stellt. Auch die Einigungsstelle schloss sich der Argumentation des HPRLL an. In einem Schreiben vom 9. Juli an alle Schulen kündigte der Minister nun die dienstlichen Emailadressen an.

Die Nutzung soll zunächst freiwillig sein und zum 1. Februar 2021 verpflichtend. „Bis dahin sollten sich die Voraussetzungen vor Ort – bspw. durch die Mittel des Digitalpakts – weiter verbessert haben.“ so der Minister. Dann sind wir mal gespannt, wie es die Landesregierung schaffen will, bis dahin die Hardware-Ausstattung für alle zur Verfügung zu stellen. Ansonsten werden wohl die Gerichte das letzte Wort haben.

Das Schulportal soll nach Presseverlautbarung des Herrn Ministers zum Schuljahresbeginn 2020/21 allen Schulen zur Verfügung stehen. Die Dienststelle hat es bisher aber noch nicht einmal geschafft, die notwendige Serverkapazität für den Probelauf zur Verfügung zu stellen.

Per Verordnung und Erlass legte das Ministerium fest, dass Videokonferenzsysteme zur Durchführung von Unterricht oder Konferenzen eingesetzt werden können. Bisher fehlen jedoch klare Aussagen des Ministeriums dazu, welche Systeme geeignet sind und wie es sich bei diesen in Bezug auf Datenschutz und Barrierefreiheit verhält. Genauso ist eine Finanzierung der Anschaffung dieser Systeme noch nicht geklärt.

Ralf Becker

JUGENDWERKSTATT FELSBERG – EIN VERLÄSSLICHER PARTNER IN DER LÄNDLICHEN REGION

Der Name verrät schon den Ort: Die Jugendwerkstatt Felsberg ist ein freier Träger der Jugendberufshilfe im Schwalm-Eder-Kreis. Ein freier Träger zu sein, darauf legt man in der Jugendwerkstatt Felsberg großen Wert, denn frei sein heißt, selbstgewählte Werte zu jeder Zeit vertreten zu können. Manche sagen scherzhaft, „das kleine Dorf in Gallien“, wenn sie die Jugendwerkstatt meinen. Seit 1984 gibt es sie, und seitdem verwalten sich „die Felsberger“ selbst, wachsen und gedeihen. Demokratische Werte sowie deren Vermittlung sind Teil ihrer „DNA“, genauso wie Umwelt- und Energiebildung. Letzt genannte Themen, besser Einstellungen, waren nicht immer en vogue und schon gar nicht im Kontext von Ausbildung und wirtschaftlichem Handeln. Doch das kümmerte in Felsberg noch nie jemanden und so entstanden schon Mitte der 80er Jahre bedeutende Modellprojekte wie „Qualifizierung in umweltschonenden Energietechniken als Beitrag zur eigenständigen Regionalentwicklung“ und einiges mehr, nachzulesen auf der Website der Jugendwerkstatt.

Ziel der Jugendwerkstatt Felsberg ist es, (junge) Menschen mit einem besonderen Förderbedarf



durch die Integration in Arbeit zu einer dauerhaften gesellschaftlichen Teilhabe, einer selbstbestimmten, geschlechtergerechten und ressourcenschonenden Lebensgestaltung zu befähigen. All das erreicht man nicht allein – Kooperationspartner flankieren die Jugendwerkstatt und unterstützen sie in ihrem Bemühen um die Zielgruppe in der ländlichen Region. Unternehmen, (berufliche) Schulen, Arbeitsverwaltung, Stadt, Kreis und vor allem viele Landes- und Bundesministerien ziehen gemeinsam mit der Jugendwerkstatt Felsberg an einem Strang.

Die Ministerien fördern, häufig zusammen mit dem Europäischen Sozialfonds (ESF), die Vorhaben der Jugendwerkstatt, die Arbeitsverwaltung und der Kreis sowie Stiftungen geben Gelder hinzu, auch Unternehmer*innen und Privatpersonen spenden für die gute Sache. Die gute Sache, das bedeutet soziale und berufliche Integration der Zielgruppe sowie das Schaffen von Fach-

kräftenachwuchs für die heimischen Unternehmen.



Seit je her legt man in der Jugendwerkstatt Felsberg großen Wert auf die enge Zusammenarbeit mit staatlichen Schulen. Die „Felsberger“ sind u.a. bekannt für ihre progressiven MINT-Angebote, für die sie schon mit Preisen ausgezeichnet wurden. Auch ihr seit Jahren existierendes Projekt „Berufsorientierung in der Praxis“ (BoP) ist, außer in Zeiten der Pandemie, regelmäßig ausgebucht – sprechen Sie sie trotzdem an (Informationen: <https://juwesta.de/angebote/>)!

Über 60 Mitarbeiter*innen arbeiten in der Jugendwerkstatt Felsberg – man könnte fast sagen, arbeiten und leben, denn dort herrscht eine ganz besonders warme Atmosphäre. Betritt man das Gelände, fallen sofort die großen Gartenflächen mit von Jugendlichen gestalteten Objekten, die Niedrigenergiehäuser und der Werkstoff Holz auf. Alles ist hell, gemütlich, einfach menschenfreundlich und strahlt eine gute Lernatmosphäre aus.

Trotz des Holzes ist hier nichts hölzern, im Gegenteil, alles ist sehr lebendig und modern: Jugendliche arbeiten mit Tablets und Laptops als Lernunterstützung, eine erst vor zwei Jahren erbaute, lichtdurchflutete Mensa und modern ausgestattete Schulungsräume runden das Gesamtbild ab.

Alle Angebote der Jugendwerkstatt Felsberg einzeln zu beschreiben, würde den Rahmen dieses Artikels sprengen. Umgesetzt werden sie von Handwerksmeister*innen, Sozialarbeiter*innen, Ingenieuren, Lehrer*innen und weiteren Bildungsprofis. Die „Felsberger“ haben seit über 35 Jahren Erfahrung mit großen z.T. internationalen Modellprojekten und betätigen sich in den Bereichen

- ✿ arbeitsweltorientierte Berufsvorbereitung (Produktionsschule) mit der Möglichkeit zur Erlangung des Hauptschulabschlusses
- ✿ berufliche Erstausbildung, Umschulung und Nachqualifizierung
- ✿ Beratung, Training und Coaching

- ✿ Aktivierung und Vermittlung in betriebliche Ausbildung und Arbeit
- ✿ Beratung und Qualifizierung für den Klimaschutz
- ✿ Berufsorientierung und Übergangsbegleitung für Schüler*innen.

Übrigens:

In der Jugendwerkstatt ist man außerordentlich gastfreundlich. Interessierte Leser*innen können gerne anrufen und sind herzlich eingeladen, die Jugendwerkstatt Felsberg zu besuchen.

Olaf Rossmann
o.rossmann@juwesta.de



Ich habe gehört, ihr wollt nichts lernen

Bertold Brecht

Ich habe gehört, ihr wollt nichts lernen.
Daraus entnehme ich: ihr seid Millionäre.
Eure Zukunft ist gesichert – sie liegt
Vor euch im Licht. Eure Eltern
Haben dafür gesorgt, dass eure Füße
An keinen Stein stoßen. Da müßt du
Nichts lernen. So wie du bist
Kannst du bleiben.

Sollte es dann noch Schwierigkeiten geben,
Da doch die Zeiten
Wie ich gehört habe, unsicher sind

Hast du deine Führer, die dir genau sagen
Was du zu machen hast, damit es euch gut geht.
Sie haben nachgelesen bei denen
Welche die Wahrheiten wissen
Die für alle Zeiten Gültigkeit haben
Und die Rezepte, die immer helfen.

Wo so viele für dich sind
Brauchst du keinen Finger zu rühren.
Freilich, wenn es anders wäre
Müßtest du lernen.

(Bertold Brecht, Gesammelte Gedichte, Bd. 1)

Knapp 4,8 Millionen junge Erwachsene zwischen 20 und 34 in Deutschland haben keinen beruflichen Abschluss. Gleichzeitig wurden die Fördermaßnahmen für Berufsausbildungen seit 2010 erheblich reduziert.

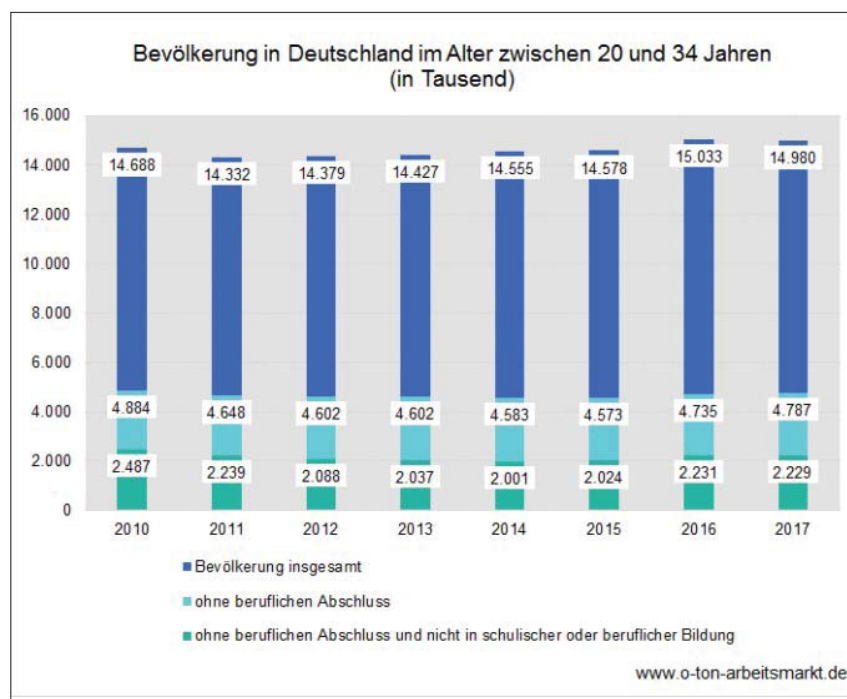
JUNGE ERWACHSENE: EIN DRITTEL HAT KEINEN BERUFSABSCHLUSS

Fast ein Drittel der 15 Millionen 20 bis unter 35-Jährigen in Deutschland hatte im Jahr 2017 keinen beruflichen Abschluss. Dies geht aus einer Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Fraktion Die Linke hervor. Die Zahl der jungen Erwachsenen ohne Berufsabschluss ist zwischen 2014 und 2017 somit um 204.000 Personen beziehungsweise 4,5 Prozent auf knapp 4,8 Millionen angestiegen. Die Zahlen entstammen dem Berufsbildungsbericht 2019.

Ebenfalls gewachsen ist die Zahl der jungen Erwachsenen zwischen 20 und 34 Jahren, die weder einen Berufsabschluss vorweisen konnten, noch sich in schulischer oder beruflicher Bildung befanden. Im Jahr 2017 traf dies in Deutschland auf rund 2,2 Millionen junge Erwachsene beziehungsweise knapp 15 Prozent der Altersgruppe zwischen 20 und 34 zu. Für diese Personen ist das Erlangen eines Berufsabschlusses also auch nicht absehbar.

Quelle: BT-Drucksache 19/13476, Darstellung O-Ton Arbeitsmarkt.

Die Bundesregierung begründet den Anstieg bei den jungen Erwachsenen ohne Berufsabschluss in ihrer Antwort auf die Kleine Anfrage der Linken mit den Auswirkungen der verstärkten Fluchtmigration seit 2015. Dabei seien viele junge Menschen nach Deutschland eingewandert, die über keine (anerkann-



ten) Berufsabschlüsse verfügten und in vielen Fällen eher in Arbeit als in Ausbildung einmündeten.

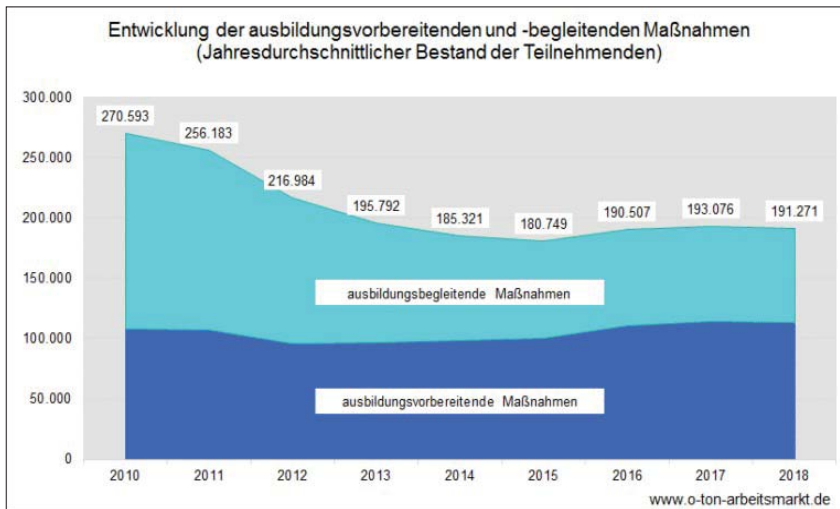
Rückgang von ausbildungsfördernden Maßnahmen

Obwohl die Bundesregierung in ihrer Antwort die Bedeutung von Maßnahmen betont, die ausbildungswillige junge Erwachsene bei dem Erlangen eines Berufsabschlusses unterstützen, zeichnet die Förderstatistik der Bundesagentur für Arbeit (BA) ein anderes Bild. So ist die Zahl der Teilnehmenden in ausbildungsvorbereitenden Maßnahmen von 2010 bis 2018 um fast ein Drittel gesunken.

Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Darstellung O-Ton Arbeitsmarkt.

Während sich der Rückgang der ausbildungsvorbereitenden Maßnahmen auf die Jahre 2010 bis 2013 beschränkte, sind die Teilnehmerzahlen in ausbildungsbegleitenden Maßnahmen konstant rückläufig und haben sich seit 2010 halbiert. Im vergangenen Jahr gab es laut BA-Statistik im monatlichen Durchschnitt knapp 144.000 Teilnehmende in ausbildungsvorbereitenden und knapp 78.000 Teilnehmende in ausbildungsbegleitenden Maßnahmen.

Zu den ausbildungsvorbereitenden Maßnahmen zählen die Einstiegsqualifizierung, berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen und die Berufseinstiegsbegleitung. Ausbildungsbegleitende Maßnahmen sind in mehr als der Hälfte der Fälle



Ausbildung schützt vor Arbeitslosigkeit

Nicht nur angesichts des drohenden oder zum Teil bereits existierenden Fachkräftemangels in Deutschland ist der hohe Anteil junger Erwachsener ohne beruflichen Abschluss problematisch. So lässt sich anhand der BA-Statistik zeigen, dass ein beruflicher Abschluss das Risiko, arbeitslos zu werden oder Hartz-IV-Leistungen zu beziehen, erheblich senkt. So lag die Arbeitslosenquote von Ungelernten im Jahr 2018 mit 18,3 Prozent rund sechs Mal so hoch wie bei Personen mit abgeschlossener Berufsausbildung.

Lena Becher
in überaus-newletter 23.01.2020

Ausbildungsbegleitende Hilfen. Weitere ausbildungsbegleitende Maßnahmen sind die außerbetriebliche Berufsausbildung, Zuschüsse zur Ausbildungsvergütung für behinderte und schwerbehinderte Menschen, Zuschuss für Schwerbe-

hinderte im Anschluss an Aus- und Weiterbildung sowie bis 2016 der Ausbildungsbonus. 2015 wurde die Assistierte Ausbildung als neue ausbildungsbegleitende Fördermaßnahme eingeführt.

Aus dem Hamburger Schulentwicklungsplan 2013

BERUFSBILDENDE SCHULEN

Als Ergebnis des Schulentwicklungsprozesses

- werden berufsbildende Schulen eine Größe haben, die sie in die Lage versetzt, ein qualitativ und quantitativ hochwertiges Unterrichtsangebot bereitzustellen und ihre Entwicklungsaufgaben mit angemessener Stundenausstattung wahrzunehmen.
- Sie werden eine Bildungsgangstruktur haben, die fachlich sinnvoll ist, Schwankungen auffangen kann und die Zusammenarbeit mit den Praxispartnern erleichtert.
- Sie werden über eine sachgerechte Leitungs- und Verwaltungsstruktur verfügen und das richtige

pädagogische Personal im erforderlichen Umfang beschäftigen können.

- Die berufsbildenden Schulen werden über moderne Räume verfügen, in denen lernfeldorientiertes, kompetenzorientiertes und individualisiertes Lernen ermöglicht und Förderkonzepte verwirklicht werden.
- Sie werden eine Infrastruktur haben, die eine ganztägige Schulkultur ermöglicht und so ausgestattet sein, dass ein Lernen auf dem jeweils neuesten didaktischen Stand und – in Absprache mit den Praxispartnern – auf dem neuesten fachlichen Stand stattfinden kann. Sie werden schließlich Orte sein, an denen alle Beteiligte mit Freude und Erfolg arbeiten und lernen können.

Kommentar

Für das Jahr 2013 sind das erstaunlich gute und vielversprechende Zielsetzungen. Diese Zielsetzungen können durchaus, wenn sie aktualisiert, weiter ausgeführt, differenziert und ergänzt werden, eine gute Grundlage für moderne Schulentwicklungspläne und Leitlinien sein. Ergänzt werden müssen auf jeden Fall die Themen Digitalisierung, Inklusion und Theorie/Praxis-Verhältnis.

Spannend wäre es sicherlich herauszufinden, wo die Hamburger Berufsbildenden Schulen angesichts diese Versprechens heute stehen. Hierzu werden wir im kommenden Insider versuchen, ein Interview zu erhalten. (DS)

neue Publikationen

Sylke Grüll
**Die Berufseinstiegsphase im
Lehramt an berufsbildenden
Schulen**



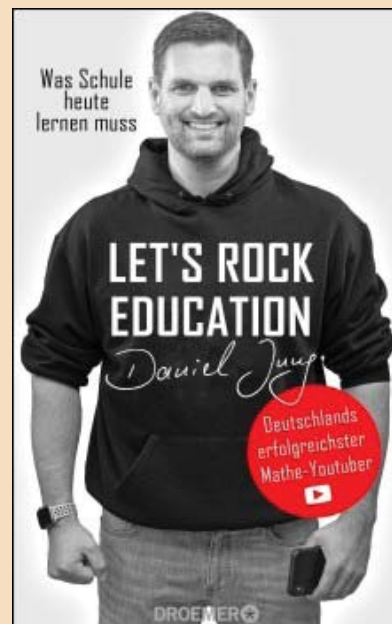
Aufgrund der defizitären Forschungslage zum Berufseinstieg stellte sich Sylke Grüll, Ausbilderin am Studienseminar, in ihrer umfangreichen Promotion die Forschungsfrage: „Auf welche Herausforderungen treffen Junglehrkräfte in der Berufseinstiegsphase an berufsbildenden Schulen und wie gehen sie damit um?“ Demgemäß werden die Herausforderungen der Berufseinstiegsphase untersucht und die Handlungsmuster der Junglehrkräfte beschrieben. Ein wichtiges Ergebnis der Arbeit sind darüber hinaus Empfehlungen für die Begleitung dieser Phase und für die Verbesserungen der strukturellen Rahmenbedingungen. Als Unterstützungsmedium wurde ein Kompetenzkatalog entwickelt, der den Junglehrkräften differenzierte Möglichkeiten der Selbstre-

flexion und Zielfindungen eröffnet. ISBN 978-3-7639-6080-4 Bleckmann/Lankau (Hg.) **Digitale Medien und Unterricht** Über Nutzen und Risiken von Computern an Schulen wird seit deren Einführung im Jahr 1984 kontrovers diskutiert. Neben Laptops und Tablets geht es heute um Schulclouds und private Smartphones im Unterricht. Dabei stellen sich grundsätzliche pädagogische und politische Fragen: Welcher Unterrichts- und Medienkonzepte bedarf es, um den Risiken der Digitalisierung vorzubeugen, die Schüler*innen aber zugleich langfristig zur Nutzung der Chancen zu befähigen? Für welche Ziele und in welchen Altersstufen haben digitale Medien eine bessere Chancen-Risiken-Balance als klassische analoge Medien? Diesen und weiteren Fragen wird aus unterschiedlichen Perspektiven in 13 Beiträgen nachgegangen. In diesem Band überwiegen eindeutig die kritischen Stimmen.



Kein Grund, es anders zu machen, meinen die Herausgeber. Denn auf dieses eine Buch kämen mehr als hundert andere, in denen die kritischen Stimmen entweder gar nicht oder eben nur als Alibi-Kritiker vorkommen.

ISBN 978-3-407-25814-4 Daniel Jung **Let's Rock Education – Was Schule heute lernen muss** „Digitale Bildung, das ist mehr als Ausstattung unserer Schulen mit Hardware“ stellt Daniel Jung fest



und fordert engagierte Pädagogen und neue didaktische Konzepte, die aus analogen Klassenzimmern digitale Lernorte machen. Seit Jahren führt er mit seinen YouTube-Tutorials vor, wie Lernen seiner Meinung nach heute geht. Sein Credo: Aufgabe von Bildung ist es, Kreativität zu leben, um den Nachwuchs auf die Herausforderungen der Künstlichen Intelligenz vorzubereiten. Soft Skills wie emotionale Intelligenz, Kommunikationsvermögen und Empathie sind unverzichtbar. Die FAZ schreibt „Daniel Jung ist der Rockstar der Mathematik“ und Prof. Dr. Hiererth, Otto Beisheim School of Management bemerkt „Daniel Jung ist ein absoluter Vorreiter in Sachen digitaler Bildung“ ISBN 978-3-426-27815-4

SCHULE, DU HAST EIN PROBLEM!

Ein Kommentar von Klaus Zierer, Professor für Schulpädagogik

Wer Krisen durch Bildung überwinden will, muss die Lehrpläne entrümpeln und das Lehramtsstudium ändern.

Krisen führen dazu, innezuhalten, doch um sie zu verstehen und auch lebenspraktisch zu bewältigen, dafür bedarf es vor allem einer Sache: Bildung. So beruhigend es anmuten mag, wenn die politischen Entscheidungsträger in Krisen besonnen agieren – die ganze Bevölkerung täte gut daran, eine solche Bildung vorzuweisen. Denn so lässt es sich vermeiden, dass zu viele Menschen zum Spielball von Demagogen werden. Krisen wie die Klima- oder die Corona-Krise zeigen eindringlich: Die großen Herausforderungen der Zeit sind im Sinne des Erziehungswissenschaftlers Wolfgang Klafki „epochaltypisch“ – sie sind global, weil sie über die Welt hinweg vernetzte Gesellschaft betreffen; interdisziplinär, weil sie nicht nur aus einem Fach heraus beleuchtet werden können; ethisch, weil sie immer einen moralischen Kern in sich tragen. Global, interdisziplinär, ethisch – wenn man diesem Anspruch die Bildung gegenüberstellt, die Schulen derzeit vermitteln, zeigt sich ein Problem: Das Kognitive dominiert in Lehrplänen, die von Lehrplänen abgeschrieben worden sind und diese wiederum von Lehrplänen davor, um ein Bonmot von Erich Kästner aufzugreifen. Musisches ist häufig nur Präambellyrik. Daran ändert auch die viel beschworene „Kompetenzorientierung“ wenig. Menschen lernen heute über immer weniger immer mehr – und vergessen es in einem atemberaubenden Tempo.

Natürlich, das deutsche Bildungssystem erzielt immer wie-

der messbare Erfolge. Doch die für aktuelle Herausforderungen wesentlichen Facetten von Bildung lassen sich nicht so einfach messen. Sind es Verzicht und Demut, die bei der Klimakrise oben stehen, so ist aktuell Solidarität gefordert. *Es ist die Stunde der Werte.* Bildung umfasst nicht nur Wissen und Können, sondern ebenso Herz und Charakter, nicht nur das Wahre, sondern auch das Schöne und das Gute. Es geht also um all das, was den Menschen zum Menschen macht. Kurzum: Es geht um Haltungen.

Wie lässt sich eine solche Bildung in Schulen erreichen?

Erstens ist eine umfassende *Entrümpelung der Lehrpläne* notwendig. Das Ziel dabei ist nicht, Schule leichter zu machen, sondern herausfordernder, weil sinnvoller. Wird nämlich neue Lernzeit frei, kann man mehr in die Tiefe gehen. Zweitens kann man dann einen „*Epochenunterricht*“ umsetzen: Über mehrere Wochen hinweg arbeiten Lernende in allen Fächern an aktuellen Themen wie Klima oder Corona; sie eignen sich dabei sowohl fachliches Wissen als auch überfachliche Fähigkeiten an. Drittens kann man *Musik, Kunst und Sport* endlich mehr Aufmerksamkeit widmen.

Schule lässt sich indes nur umgestalten, wenn man auch die *Lehrerbildung* ändert: Hier sind ähnlich wie an Schulen „Epochenmodule“ notwendig. In diesen setzen sich angehende Lehrpersonen mit aktuellen Herausforderungen auseinander, erschließen diese aber nicht nur in ihren eigenen Fächern, sondern arbeiten interdisziplinär: eine angehende Physiklehrerin mit einem Religionslehrer und einem

Deutsch-Studierenden zum Beispiel. Damit lernen sie selbst nicht nur, über den Tellerrand zu blicken, sondern sie entwickeln auch Teamfähigkeit, durch die der Lehrerberuf professioneller wird.

Zudem lohnt es sich, *Prüfungsformate* zu überdenken. Seit Jahr und Tag fordern wir von angehenden Lehrern perfekte Prüfungsstunden. Warum eigentlich? Man bedenke, dass eine Lehrerin im Lauf ihres Lebens 35.000 Schulstunden zu unterrichten hat – und keine davon absolut perfekt sein wird. So gesehen ist doch nicht derjenige professionell, der keine Fehler macht! Sondern derjenige, der im Fehler den Motor der Entwicklung sieht.

Die *Erziehungswissenschaft*, die für die Lehrerbildung den wissenschaftlichen Rahmen stellt, braucht ein Selbst- und Weltverständnis, das nicht nur misst und alles, was sich nicht messen lässt, ausklammert. Normative Fragen fallen sonst aus dem Fokus. Doch auch sie sind wissenschaftliche Fragen – sie brauchen aber andere Zugänge.

Die Corona-Krise wird nicht die letzte Krise sein. Damit wir auf die nächste bestens vorbereitet sind, müssen wir anfangen, Bildung neu zu denken.

In: *DIE ZEIT* Nr. 15/2020, 2. April 2020

Soziale Netzwerke

16- bis 18-Jährige benutzen zu:

96 Prozent WhatsApp
76 Prozent YouTube
65 Prozent Facebook
49 Prozent Instagram
45 Prozent Snapchat
19 Prozent Twitter

Quelle: www.bitkom.org

MODERNISIERTE AUSBILDUNGSORDNUNG FÜR KAUFLEUTE FÜR GROSS- UND AUSSENHANDELSMANAGEMENT

Berufliche Tätigkeiten im Groß- und Außenhandel bieten seit jeher ein abwechslungsreiches und interessantes Aufgabenspektrum im nationalen und internationalen Handel. Aufgrund einer wachsenden Bedeutung von E-Business, Prozess- und Schnittstellenmanagement sowie projektförmiger Arbeit haben sich die Kompetenzanforderungen für Kaufleute im Groß- und Außenhandel verändert. Aus diesem Grund hat das Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) gemeinsam mit den zuständigen Bundesministerien sowie den Sozialpartnern und Sachverständigen aus der betrieblichen Praxis im Auftrag der Bundesregierung eine neue Ausbildungsordnung erarbeitet.

Neu ist dabei auch die Berufsbezeichnung: aus Kaufleuten im Groß- und Außenhandel werden künftig Kaufleute für Groß- und Außenhandelsmanagement. Die Verordnung tritt am 1. August 2020 in Kraft.

Neu in der Ausbildungsordnung der Kaufleute für Groß- und Außenhandelsmanagement ist die Berufsbildposition „Elektronische Geschäftsprozesse (E-Business)“. Hierunter fällt zum Beispiel die Verwendung von E-Business-Systemen zur Ressourcenplanung und zur Verwaltung von Kundenbeziehungen. Der Bedeutungsgewinn von projektförmiger Arbeit wird unter anderem durch neue Inhalte im Bereich des Projektmanagements abgebildet - beispielsweise Unterstützungsleistungen bei der

Vorbereitung, Planung, Durchführung, Steuerung und Dokumentation betrieblicher Projekte. Auch in den beiden Fachrichtungen Großhandel und Außenhandel gibt es Veränderungen. So wurden beispielsweise in der Fachrichtung Großhandel Inhalte zum Retourenmanagement ergänzt; in der Fachrichtung Außenhandel wurden Inhalte internationaler Berufskompetenzen erweitert, zum Beispiel durch interkulturelle Kompetenzen.



Neu eingeführt wird auch eine gestreckte Abschlussprüfung, die sich aus zwei bewerteten Teilen zusammensetzt. In der mündlichen Prüfungsleistung können Auszubildende und Betriebe künftig zwischen zwei unterschiedlichen Zugangswegen für ein fallbezogenes Gespräch zu einer betrieblichen Fachaufgabe wählen.

Eine Ausbildung zum Kaufmann/zur Kauffrau für Groß- und Außenhandelsmanagement qualifiziert für vielfältige Tätigkeiten in Unternehmen des Handels oder der Industrie. Einsatzgebiete sind die Beschaffung von Waren im In- und Ausland, ihre Lagerung, Marketing und Vertrieb sowie waren- und kundenbezogene Dienstleistungen. Ab-

solventinnen und Absolventen der Fachrichtung Außenhandel wickeln insbesondere Außenhandelsgeschäfte ab und bedienen Auslandsmärkte. Mit 13.137 neu abgeschlossenen Ausbildungsverträgen lag der Ausbildungsberuf 2019 auf Platz 11 der ausbildungsstärksten Berufe. Der Anteil junger Frauen beträgt knapp 40 % und gut die Hälfte aller Jugendlichen und jungen Erwachsenen, die sich für diesen Ausbildungsberuf entscheiden, haben eine Studienberechtigung.

Die Ausbildung eröffnet zudem gute berufliche Aufstiegs- und Karrieremöglichkeiten. So können sich Kaufleute für Groß- und Außenhandelsmanagement beispielsweise zum Geprüften Handelsfachwirt/zur Geprüften Handelsfachwirtin oder zum Geprüften Fachwirt/zur Geprüften Fachwirtin für Außenwirtschaft weiterbilden.

Die jetzt modernisierte Ausbildungsordnung und der darauf abgestimmte, von der Kultusministerkonferenz (KMK) für den schulischen Teil der dualen Ausbildung entwickelte Rahmenlehrplan treten zum 1. August 2020 in Kraft und lösen die bestehenden Regelungen aus dem Jahr 2006 ab. **PM-BIBB 20.04.2020**

Weitere Informationen zum Ausbildungsberuf „Kaufmann/Kauffrau für Groß- und Außenhandelsmanagement“ unter www.bibb.de/neue-berufe

MODERNE LABORBERUFE IM DIGITALEN ZEITALTER

Drei neue Ausbildungsordnungen für Chemie-, Biologie- und Lacklaboranten und -laborantinnen

Die Digitalisierung schreitet auch in der Chemie- und Pharmaindustrie weiter voran. Aus diesem Grund hat nach der Modernisierung des Ausbildungsberufs „Chemikant/Chemikantin“ im Jahr 2018 das Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) gemeinsam mit den zuständigen Bundesministerien sowie den Sozialpartnern und Sachverständigen aus der betrieblichen Praxis im Auftrag der Bundesregierung nunmehr auch die „Verordnung über die Berufsausbildung im Laborbereich Chemie, Biologie und Lack“ entsprechend überarbeitet.

Sie umfasst die drei Laborberufe

- Biologielaborant/-in,
- Chemielaborant/-in und Lacklaborant/-in.

Die neuen Regelungen treten am 1. August 2020 in Kraft.

Wesentlichste Neuerung sind zwei speziell auf die Ausprägung digitaler Kompetenzen ausgerichtete Wahlqualifikationen: „Digitalisierung in Forschung, Entwicklung, Analytik und Produktion“ sowie „Arbeiten mit vernetzten und automatisierten Systemen“. Dabei bündelt die neue Wahlqualifikation „Digitalisierung in Forschung, Entwicklung, Analytik und Produktion“ beispielsweise alle Kompetenzen, die für die Arbeit in einer digitalen Laborumgebung notwendig sind. Dies reicht vom Arbeiten in virtuellen Teams oder dem Durchführen von Simulationen über das Erfassen, Prüfen und Auswerten von Daten bis hin zum Einhalten rechtlicher und betrieblicher Vorgaben zum Schutz und zur

Sicherheit digitaler Daten.

Bei der neuen Wahlqualifikation „Arbeiten mit vernetzten und automatisierten Systemen“ geht es um das Einrichten, Prüfen und Optimieren von Labormanagement- und Laborinformationssystemen sowie die Arbeit mit diesen digitalen Technologien. Dies beinhaltet auch das Erkennen von Störungen und das Einleiten von Maßnahmen zu deren Beseitigung.

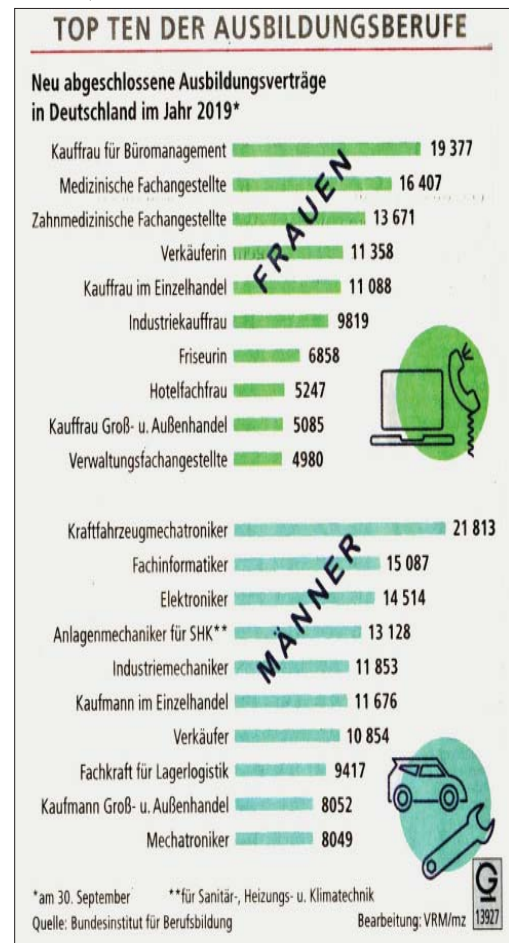
Die digitalen Wahlqualifikationen stellen vor allem für die Ausbildungsbetriebe neue Optionen dar, die in der Digitalisierung von Arbeitsumgebungen schon fortgeschritten sind und ihren Auszubildenden eine entsprechende Schwerpunktsetzung ermöglichen wollen. Die Mindestanforderungen an die Laboranten-Ausbildung werden durch die Änderungsverordnung nicht erhöht. Ebenso bleibt die bewährte Struktur der Ausbildungsordnungen erhalten.

Bundesweit wurden in den drei Ausbildungsberufen im Jahr 2019 insgesamt 2.277 neue Ausbildungsverträge abgeschlossen, wobei der weitaus größte Teil (rund 73 Prozent) auf den Bereich der Chemielaborantinnen beziehungsweise -laboranten entfällt. Im Anschluss an die Ausbildung besteht die Möglichkeit, Aufstiegsfortbildungen zu absolvieren, zum Beispiel zum/zur Industriemeister/

Industriemeisterin Chemie.

Die jetzt modernisierten Ausbildungsordnungen und die darauf abgestimmten, von der Kultusministerkonferenz (KMK) für den schulischen Teil der dualen Ausbildung entwickelten Rahmenlehrpläne treten zum 1. August 2020 in Kraft.

Weitere Informationen im Internetangebot des BIBB unter www.bibb.de/neue-berufe
BIBB-PM 15/2020 / 30.04.2020



DUALE BERUFSAUSBILDUNG IN INDIEN „DST - DUAL SYSTEM TRAINING“

Als Senior Experte des SES (Senior Experten Service) war ich im Zeitraum 19.01.-10.02.2020 zum zweiten Mal (siehe auch *insider* Nr.1/2018) als Berater am AIAT (Auroville Institut of Applied) tätig.

Im November 2019 fragte das AIAT über den SES Bonn an, ob ich das Institut bei der Umsetzung/



Durchführung der seit Oktober 2018 in Indien gesetzlich geregelten dualen Berufsausbildung DST unterstützen kann.

Das Auroville Institute of Applied Technology (AIAT) ist ein gemeinnütziges industrielles Ausbildungszentrum, das vom indischen Staat und der Zentralregierung anerkannt ist. Sein Ziel ist es, eine qualitativ hochwertige Berufsausbildung anzubieten, um die Beschäftigungsfähigkeit von Jugendlichen aus wirtschaftlich benachteiligten Familien auf dem Land zu verbessern. Es wurde 2004 mit Unterstützung der deutschen Regierung und der gemeinnützigen Organisation VFAVR (Vereinigung für die Entwicklung der Region um Auroville) gegründet.

Das neue Profil des AIAT

Im Oktober 2018 hat das AIAT das Ausbildungssystem auf das von der indischen Regierung eingeführte DST (Dual System Training) umgestellt.

Bei diesem System sind die Schüler ca. *4 Monate pro Ausbildungsjahr* in einem mit dem AIAT

kooperierenden Betrieb als „Praktikant“ und den Rest des Schuljahres werden sie in der Schule unterrichtet. Sie sind während der gesamten Ausbildung Schüler der Schule und müssen auch für die gesamte Ausbildungsdauer (inkl. Praktikumszeit) das Schulgeld entrichten. Während des Praktikums bekommen sie in nicht geregelter Höhe einen Lohn vom Betrieb. Die gesamte Ausbildungsdauer beträgt 2 Jahre und nach jedem Jahr wird eine von der Regierung zentral gesteuerte Prüfung, entsprechend der Fachrichtung, in englischer Sprache abgelegt. Da die AIAT Schüler überwiegend schlechte Englischkenntnisse haben, können sie die Aufgabenstellung (multiple choice am PC) teilweise nicht verstehen. Daher ist die Durchfallquote auch relativ hoch.

Nach bestandener Abschlussprüfung und einer daran anschließenden einjährigen einschlägigen Berufstätigkeit erhalten die Schüler ein **Abschlussdiplom** mit dem **Level 6** des NSQF (National Skills Qualification Framework; India).

Ist-Zustand des AIAT bei DST (Dual System Training)

Im Sommer 2018 sind die ersten 59 Schüler nach dem neuen System beschult worden. Seit Sommer 2019 werden nun insgesamt 155 Schüler im 1. und 2. Ausbildungsabschnitt nach dem DST ausgebildet. Für das Praktikum dieser Schüler stehen z.Zt. insgesamt 11 „Industrial Partners“ zur Verfügung.

Die angebotenen Fachrichtungen sind: „Electronic Mechanic“ (Elektromechaniker), „Fitter“ (Schlosser, Monteur), „ICTSM (Computer Hardware)“ und „Welder“ (Schweißer).

Probleme bei der Umsetzung des DST

Schulisch: Die Lehrer äußern sich durchweg positiv über das eingeführte DST. Die von der Regierung festgelegten Ausbildungsinhalte (entsprechend der jeweiligen Fachrichtung) der zweijährigen Ausbildung werden nach *jedem* Jahr durch eine zentrale Prüfung überprüft und abgeschlossen. Nach Ansicht der Lehrer ist aber die Verkürzung der schulischen Ausbildung um 4 Monate zu wenig bei den vorgeschriebenen Ausbildungsinhalten berücksichtigt worden.

Ein weiteres Problem ist die

Abstimmung der einzelnen Praktikumsblöcke mit dem schulischen Stundenplan. Es war bisher nicht geregelt bzw. festgelegt, wie die Betriebe und die Schule gemeinsam Praktikumsblöcke verbindlich vereinbaren. Dies erschwert einen geordneten Unterricht im Klassenverbund sehr stark.

Betrieblich: Ein Problem im letzten Ausbildungsjahr war, dass einige kooperierende Betriebe ihre ursprünglich zugesagte Anzahl von Praktikumsplätzen aufgrund einer schlechten Auftragslage kurzfristig reduziert haben und somit Schüler nur verkürzte oder gar keine Praktikumszeit hatten.

Inhaltliche Absprachen (Betrieb/Schule) bezüglich der Ausbildungsinhalte finden sehr selten oder gar nicht statt. Während des Praktikums der Schüler sind die betrieblichen Interessen maßgeblich.

Schwerpunkte meiner Beratung / Umsetzung des Auftrages

- ✿ Es wurde mit der Schulleitung und den Lehrkräften, die die Praktikumsbetreuung durchführen, ein „**Leaflet DST Training – Inter-ship**“ erarbeitet. Darin wird genau beschrieben, was vor, während und nach dem Praktikum zu beachten ist bzw. umgesetzt werden muss. Dieses Merkblatt wird ab dem neuen Schuljahr verbindlich. Die Betriebe werden darüber ebenfalls in Kenntnis gesetzt.
- ✿ Mit der Schulleitung wurde für das laufende Schuljahr und das erste Halbjahr des neuen Schuljahres ein „**Blockplan**“ (Unterrichtszeiten / Praktikumszeiten im Betrieb) erstellt und mit einigen Betrieben wurden diesbezüglich Absprachen getroffen.
- ✿ Das elektronische **Stundenplanprogramm Franzplan** wurde

aus SES Mitteln gekauft und am AIAT komplett mit Lehrer-, Klassen- und Raumplan von mir installiert. Ab sofort wird dieses Programm zur Stundenplanung eingesetzt.

- ✿ Es wurden **Gesprächsrunden** mit Vertretern der Praktikumsbetriebe und Lehrkräften des AIAT initiiert.
- ✿ Besuche von Praktikumsbetrieben und **Information über das duale System** wurden zusammen mit der Schulleitung durchgeführt.
- ✿ Im Rahmen der **Qualitätsentwicklung** wurde ein „Beobachtungsbogen für Unterrichtsbesuche“ erstellt und wird nun bei Unterrichtsbesuchen angewendet. Die Bewertung ist ein wesentlicher Bestandteil der Gesamtbeurteilung der Lehrkraft und damit eine Grundlage für differenzierte Entlohnung.

Fazit

Mit der Umstellung der gesamten Ausbildung auf das **DST (Dual System Training)** nimmt das AIAT in der Region eine herausragende Stellung ein. Die Partnerbetriebe des AIAT sind durchweg zur Zusammenarbeit bereit und pflegen gute Kontakte zu den Lehrkräften und zur Schulleitung. Die Akzeptanz der Schule bei den Betrieben ist sicherlich auch durch den Schulleiter Lavkamad Chandra geprägt. Er leitet seit 15 Jahren sehr engagiert diese Schule. Seine über 30jährige berufliche Tätigkeit als Dipl. Ing. in Deutschland und die daraus resultierenden Kenntnisse und

Erfahrungen prägen die Schule im positiven Sinne. Die Zusammenarbeit mit den Praktikumsbetrieben ist dennoch nicht unproblematisch:

- ♦ Die Verantwortung für die Ausbildung liegt ausschließlich bei der Schule, d.h. die Schüler werden für das Praktikum freigestellt.
- ♦ Die Schüler werden für die Zeit des Praktikums unterschiedlich entlohnt.
- ♦ Es besteht die Gefahr, dass durch Praktikanten normale Arbeitsplätze ersetzt werden. In Indien arbeiten immer noch über 80% der Beschäftigten ohne Arbeitsverträge, Versicherung und Rentenansprüche.
- ♦ Es gibt keine inhaltlichen Absprachen über das, was im Praktikum „erlernt“ werden soll.
- ♦ Die schulische und die betriebliche Ausbildung sind nicht aufeinander abgestimmt.
- ♦ Die Praktikumszeit mit 4 Monaten pro Ausbildungsjahr entspricht nur 1/3 der gesamten Ausbildung.

Trotz der genannten Probleme ist die Ausbildung nach dem DST eine grundlegende Veränderung der Berufsausbildung in Indien. Das verbindlich geregelte und fachrichtungsbezogene Praktikum von jährlich 4 Monaten und die Bereitschaft der Betriebe, sich an der Berufsausbildung zu beteiligen, ist ein wesentlicher Fortschritt. Obwohl die Betriebe bisher keine



Verantwortung im Rahmen der Berufsausbildung haben, nehmen Firmenvertreter an der jährlichen Info Veranstaltung des AIAT teil und das Interesse an der Auswahl „ihrer“ Praktikanten ist gestiegen.

Die Schüler äußern sich durchweg positiv über die praxisorientierte Ausbildung und einige berichteten, dass sie von dem jeweiligen Praktikumsbetrieb einen Arbeitsplatz in Aussicht gestellt

bekommen haben bzw. die einjährige, einschlägige Berufstätigkeit dort durchführen können, um danach das Abschlussdiplom zu erhalten.

ABER: durch Corona ist vieles gefährdet. Seit dem 24.03. steht Indien unter Lockdown, die Schulen wurden bereits am 15.03. geschlossen. Die Lehrer versuchen mit e-learning Angeboten die Schüler zu erreichen (nur über WhatsApp möglich), aber nur ca. 30% nehmen daran teil. Da

das AIAT kein Schulgeld (ca. 20,-€ pro Schüler monatlich) mehr einnimmt, können die Fixkosten und die Lehrergehälter nur noch eine sehr begrenzte Zeit gezahlt werden. Sollten die Partnerfirmen wieder öffnen ist völlig unklar, ob diese wieder Praktikanten aufnehmen bzw. ausbilden. Ohne diese Betriebe ist eine Ausbildung entsprechend des DST am AIAT aber nicht möglich.

Ingo Herde Oberstudiendirektor i.R.

MINDESTAUSBILDUNGSVERGÜTUNG FÜR AZUBIS

Mit der kürzlich erfolgten Novelle des Berufsbildungsgesetzes (BBiG) wurde unter anderem auch eine Mindestausbildungsvergütung (MiAV) eingeführt, die ab 01.01.2020 gültig ist. Für diese Mindestvergütung haben die Gewerkschaften und insbesondere auch die DGB-Jugend sehr lange und vehement gekämpft, letztlich erfolgreich.

Die Mindestvergütung ist eine gesetzlich abgesicherte Untergrenze für Ausbildungsvergütungen. Sie hilft vor allem dort, wo es keine Tarifverträge gibt. Wo es Tarifverträge gibt gelten diese.

Wie funktioniert die MiAV?

Die MiAV gilt nur für neu abgeschlossene Ausbildungsverträge. Ältere Verträge, die vor 2020 abgeschlossen wurden, sind von

dieser Regelung nicht erfasst. Die *Angemessenheit* der Vergütung ist im Gesetz durch zwei Haltelinien definiert:

- Haltelinie 1 ist die sog. 80-Prozent-Regel (§ 15 Abs. 4 BBiG). Danach muss die Ausbildungsvergütung mindestens 80 Prozent der branchenüblichen tariflichen Vergütung betragen.
- Haltelinie 2 bilden die im Gesetz genannten Festbeträge (§ 17 Abs. 2 BBiG). Diese können in der Tabelle abgelesen werden.

Auch Jugendliche in *außerbetrieblicher Ausbildung* zählen zu den Gewinnern der BBiG-Reform: Auch sie bekommen ab 2020 die Mindestvergütung. Diese Jugendliche hatten bisher nur 391 € im Monat erhalten. Auch *Menschen mit einer*

Behinderung, die z.B. die Ausbildung in einem Berufsbildungswerk machen profitieren: ihr Ausbildungsgeld wird auf das Niveau der Mindestvergütung angehoben.

Fazit

Die Forderung nach einer Mindestausbildungsvergütung wurde im Vorfeld der Novellierung des BBiG massiv abgelehnt, natürlich v.a. durch die Arbeitgeber. Durch den jahrelangen Einsatz von DGB und Gewerkschaftsjugend ist es letztlich doch gelungen, eine Mindestausbildungsvergütung durchzusetzen, auch wenn sie hinsichtlich der Höhe den gewerkschaftlichen Forderungen nicht in allen Belangen entspricht.

Dieter Staudt

Vergütungsstufen bis 2023

Jahr des Ausbildungsbeginns	1. Ausbildungsjahr	2. Ausbildungsjahr (+18%)*	3. Ausbildungsjahr (+35%)*	4. Ausbildungsjahr (+40%)*
2020	515,00 €	607,70 €	695,25 €	721,00 €
2021	550,00 €	649,00 €	742,50 €	770,00 €
2022	585,00 €	690,30 €	789,75 €	819,00 €
2023	620,00 €	731,60 €	837,00 €	868,00 €

* bezogen auf das 1. Ausbildungsjahr

An einer baden-württembergischen Berufsschule lernen Schülerinnen und Schüler, Smarthome-Technologie zu installieren. Das Besondere: In dem neuen Multilabor lassen sich die realen Geräte zu immer neuen Lernszenarien kombinieren.

„SCHLAUE GEBÄUDE“

Vincent Hochhausen

Rollläden und Beleuchtungen, die sich je nach Lichteinfall selbst einschalten, energieeffiziente Heizungsanlagen, die nur nach Bedarf und Wetter heizen, die Garagentüre, die man von der Arbeit aus öffnen kann, damit der Paketbote seine Sendung dort abstellen kann: All diese Technologien sind unter dem Begriff Smarthome



zusammengefasst. Solche „smarten“ Gebäude, bei denen zahlreiche separate Funktionen untereinander vernetzt und zentral gesteuert werden, erfreuen sich immer größerer Beliebtheit – laut einer Studie des US-Marktforschungsunternehmens IDC stieg der Umsatz mit Smarthome-Geräten im letzten Jahr weltweit um 28 Prozent. Aus diesem Grund startete an der *Friedrich-Ebert-Berufsschule in Esslingen* im letzten Jahr das „Multilabor W15“, das eigens darauf spezialisiert ist, Auszubildenden sowie auch Fachkräften die Smarthome-Technik näherzubringen.

Das Problem ist, dass wir für die Gebäudetechnik verschiedene Berufe parallel ausbilden – etwa Elektroberufe sowie Sani-

tär-, Heiz- und Klimatechnik – während Anbieter in der Praxis vernetzte Gebäudetechnologien anbieten“, erklärt Schulleiter Erhard Hofmeister. Im Smarthome-Sektor sei also immer mehr fachübergreifendes Wissen gefragt. Dieser Entwicklung wollte man mit dem Multilabor Rechnung tragen, in dem Azubis die Smarthome-Technologien an den echten Geräten erlernen und entdecken können. Das Labor bildet alle

Komponenten eines voll vernetzten Gebäudes ab: Elektroinstallation, Beleuchtung, Heizung, Lüftung, Zugangskontrolle, Rolläden, Sicherheitstechnik und so weiter. Bei der Konzeption des Multilabors legte die Berufsschule Wert darauf, sich nicht, wie es eigentlich üblich ist, auf

die Technologie eines oder weniger Hersteller zu beschränken. Stattdessen wurden verschiedene Anbieter einbezogen, um den Schülern einen möglichst breiten Überblick über die gängigen Geräte zu verschaffen. „Das haben die Hersteller nicht freiwillig gemacht“, sagt Hofmeister. Schließlich habe man aber alle mit ins Boot holen können, denn niemand wollte bei dem Labor außen vor gelassen werden.

Im Multilabor arbeiten die Lerner der Friedrich-Ebert-Schule – Azubis sowie Schüler der Technikerschule und des technischen Gymnasiums – an den realen Geräten, was ebenfalls nicht selbstverständ-

lich ist. Die Lernszenarien, die sich dadurch schaffen lassen, sind vielfältig, denn die Systeme lassen sich nach Lernbedarf vernetzen. So können die Schüler dort zum Beispiel lernen, wie man Smarthome-Konzepte über das Hausstromnetz von Bestandsimmobilien einrichtet, wie man mit App-gestützten Mobilgeräten an Heizungsanlagen arbeitet oder wie man die Lüftungsanlage eines Industriekomplexes reguliert. Für die Lehrkräfte schafft das große Freiheiten, die angemessen zu nutzen auch eine Herausforderung sei, sagt Hofmeister. „Das geht nicht von heute auf morgen, und es läuft auch nicht alles sofort problemlos. Aber alle sind sich bewusst, dass diese Technologie die Zukunft ist und wir uns damit auseinandersetzen müssen.“ Aus den Unternehmen gebe es bereits positives Feedback: Ein Inhaber eines Betriebes habe mitgeteilt, dass er keinen Elektriker einstellen müsse, weil seine Azubis die nötigen Kompetenzen für Smarthome-Technologie bereits erlernt hätten.

BILDUNGSPRAXIS – didacta Magazin für berufliche Bildung, Ausgabe 3/2019, S. 10-11, www.bildungspraxis.de (Schlaue Gebäude)



AUSBILDUNG - AUCH IN DER KRISE EINE INVESTITION GEGEN DEN FACHKRÄFTEMANGEL

Ergebnisse einer neuen BIBB-Kosten-Nutzen-Erhebung

Die eigene Ausbildung ist neben der Rekrutierung von Fachkräften über den externen Arbeitsmarkt die wichtigste Möglichkeit für Betriebe, ihren Fachkräftebedarf zu decken. Nach den Ergebnissen einer neuen repräsentativen Erhebung des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB) zu Kosten und Nutzen der betrieblichen Ausbildung für das Ausbildungsjahr 2017/2018 sind die Nettokosten der Betriebe im Vergleich zur letzten Erhebung 2012/2013 nur leicht auf 6.478 Euro pro Auszubildende/-r und Jahr gestiegen. Die BIBB-Erhebung beschreibt somit die Ausgangslage vor der Corona-Pandemie.

Die Investitionen der Betriebe zahlen sich insbesondere bei Übernahme der Auszubildenden aus. Denn dann müssen die Betriebe nicht auf dem Arbeitsmarkt nach Fachkräften suchen, die meist noch über zusätzliche Weiterbildungs- und Einarbeitungsmaßnahmen integriert werden müssen. Dadurch werden Personalgewinnungskosten eingespart, Abhängigkeiten vom Arbeitsmarkt reduziert und mögliche Ausfallkosten durch Personalengpässe vermieden. Immer mehr Betriebe bilden daher Auszubildende mit der Absicht aus, alle oder zumindest einen Teil von ihnen auch zu übernehmen. 90 % der Betriebe bestätigten dies; in der früheren Untersuchung lag dieser Anteil bei 83 %.

Nach BIBB-Präsident Friedrich Hubert Esser zeigt die BIBB-Erhebung: „Für einen Großteil der Betriebe lohnt sich die Ausbildung - entweder schon während der Ausbildung durch die produktiven Beiträge der Auszubildenden, durch

die eingesparten Personalgewinnungskosten bei Übernahme oder durch weitere Nutzenfaktoren wie zum Beispiel die Vermeidung von Stellenvakanzen, eine hohe Identifikation mit dem Betrieb und eine lange Betriebszugehörigkeit. Weniger als zehn Prozent der Betriebe geben an, dass sie mit dem Verhältnis von Kosten und Nutzen ihrer Ausbildung unzufrieden sind.“

Im Ausbildungsjahr 2017/2018 entstanden den Betrieben im Durchschnitt pro Auszubildende/-r und Jahr **Bruttokosten** in Höhe von 20.855 Euro. Davon entfielen 12.806 Euro (61 %) auf die Personalkosten der Auszubildenden und 4.935 Euro (24 %) auf die des Ausbildungspersonals. Anlage- und Sachkosten schlugen mit 767 Euro (4 %) und sonstige Kosten mit 2.348 Euro (11 %) zu Buche. Zu Letzteren gehören zum Beispiel Kammergebühren oder Kosten für externe Lehrgänge und die Ausbildungsverwaltung.

Zieht man von den Bruttokosten die Erträge der Auszubildenden in Höhe von durchschnittlich 14.377 Euro pro Jahr ab, die sie bereits während ihrer Ausbildung für den Betrieb erwirtschaften, so ergeben sich für das Ausbildungsjahr 2017/2018 für die Betriebe durchschnittliche **Nettokosten** von 6.478 Euro pro Jahr und Auszubildende/-r. Bei etwa 28 % der Auszubildenden überstiegen die Erträge die Bruttokosten, das heißt, sie erwirtschafteten Nettoerträge für ihre Ausbildungsbetriebe.

Zwischen den **Ausbildungsbe-zreichen** zeigen sich erhebliche Unterschiede. Die höchsten Net-

tokosten fielen im Öffentlichen Dienst (10.870 Euro) sowie in Industrie und Handel (7.039 Euro) an. Im Handwerk (5.578 Euro), den Freien Berufen (4.700 Euro) und der Landwirtschaft (3.898 Euro) waren sie deutlich niedriger. Auch die Bruttokosten lagen im Öffentlichen Dienst (25.045 Euro) sowie in Industrie und Handel (22.217 Euro) am höchsten, im Handwerk mit 17.992 Euro am niedrigsten.

Die BIBB-Erhebung zeigt zudem, dass sich die Verfügbarkeit von Fachkräften auf dem regionalen Arbeitsmarkt für die Betriebe in den letzten Jahren verschlechtert hat - dies gilt insbesondere für kleinere Betriebe. Die Gewinnung von Fachkräften wird für die Betriebe also zunehmend schwieriger. Sie reagierten darauf mit einem stärkeren Interesse an der Übernahme von im eigenen Betrieb Ausgebildeten. Insgesamt lässt sich feststellen, dass trotz leicht gestiegener Ausbildungskosten starke Anreize bestehen, den Fachkräftebedarf durch die eigene Ausbildung zu decken.

BIBB-PM 22/2020 | 09.06.2020

Die Ergebnisse sind im BIBB REPORT, Heft 1/2020: „Ausbildung in Deutschland - eine Investition gegen den Fachkräftemangel. Ergebnisse der BIBB-Kosten-Nutzen-Erhebung 2017/2018“ veröffentlicht. Insgesamt wurden 3.049 auszubildende und 996 nicht auszubildende Betriebe von September 2018 bis Juli 2019 befragt. Die Veröffentlichung kann kostenlos heruntergeladen werden unter www.bibb.de/bibbreport

Eine Handvoll Auszubildende wahrten ihre Rechte, indem sie mit der IG Metall Kiel-Neumünster erfolgreich klagten. Aber es geht um mehr, als nur um sittenwidrige Ausbildungsvergütungen. Es geht um Tarifflicht bei einem der größten Audi-Händler Norddeutschlands.

COURAGE, DIE RESPEKT VERDIENT! - KÄMPFERISCHE AZUBIS

Herr Hüsgen ist Gesellschafter vom Audi Zentrum Kiel. Er hat ein breites Allgemein- und Expertenwissen, ist geachteter Tarif- und Branchenkenner im Kfz-Gewerbe. Aber er kennt auch die schmutzigen Tricks, kann austeilen.

Was war passiert? In 2018 bekamen Auszubildende im Audi Zentrum Kiel im 1. Ausbildungsjahr 600 Euro und im 2. Ausbildungsjahr 690 Euro. Hüsgen bezahlte seine Auszubildenden immer genau an der rechtlichen Grenze, hatte aber vergessen, die Anpassung vorzunehmen. Als die Auszubildenden mitbekamen, wie unfair die Bezahlung war, wandten sie sich an die IG Metall Kiel-Neumünster. Gemeinsam mit Robert Peter von der IG Metall organisierten sich die jungen Kollegen und machten ihre entgangene Ausbildungsvergütung geltend.

Courage, die Respekt verdient!

Nachdem Schlichtung und Gütetermine gescheitert waren entschieden sich die Azubis zur Klage. Als Grundlage diente das BAG-Urteil, das von sittenwidrigen Ausbildungsvergütungen ausgeht, wenn diese 20% unter dem branchenüblichen oder tarifvertraglich Vereinbarten liegt, auch wenn ein Betrieb nicht tarifgebunden ist. Es ging den jungen Kollegen nicht nur um ihr Recht, sondern auch darum, ein Zeichen zu setzen. So wurde in der Klage

nicht nur die 80%-Grenze geltend gemacht, sondern argumentiert, dass auch die Arbeitszeit in die Berechnung mit einbezogen werden müsse. Denn die 80%-Grenze bei einer tariflichen Ausbildungsvergütung von 750 Euro bei einer 36 Stunde Woche sei eine andere, als wenn die Kollegen für das gleiche Geld 40 Stunden und mehr arbeiten müssten.

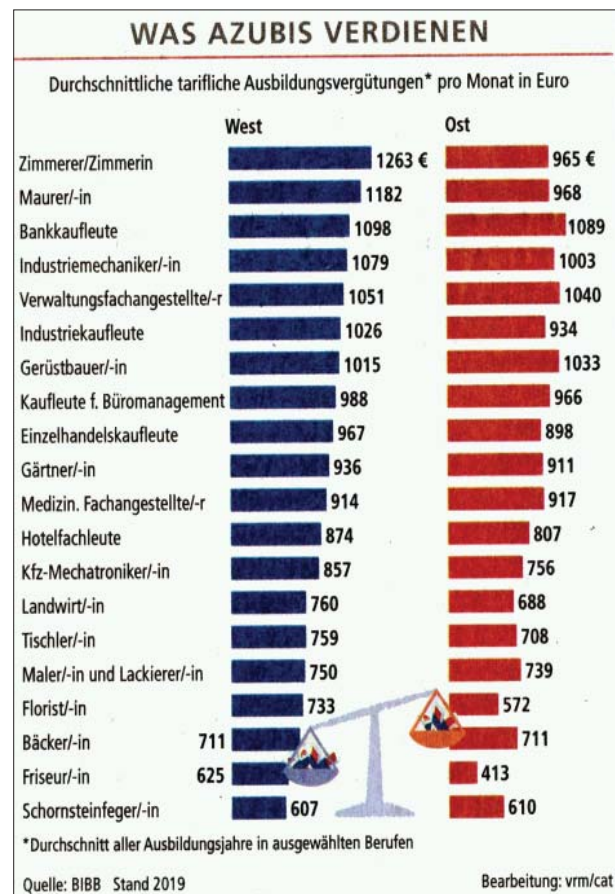
Hüsgen bot den klagenden Auszubildenden in der Güteverhandlung 500 Euro an und ließ verlauten, die Tarifverträge der IG Metall könne man nicht anwenden. Das Arbeitsgericht folgte der Argumentation der IG Metall und kam zu dem Schluss, bei der Bewertung der Angemessenheit der Ausbildungsvergütung muss nach § 17 Berufsbildungsgesetz bei der Berechnung von Ausbildungsvergütung die Arbeitszeit berücksichtigt werden.

Mit einfachen Worten: Schmidt & Hoffmann Exklusiv haben den Azubis, gemessen an der Arbeitszeit, zu we-

nig Ausbildungsvergütung gezahlt. Der Tatbestand der Sittenwidrigkeit ist nach Ansicht des Richters erfüllt. Damit schulde Hüsgen den Auszubildenden je nach Ausbildungsjahr bis zu 5.127,99 Euro brutto (inklusive Zinsen).

Ein toller Erfolg, der ohne eine Mitgliedschaft in der IG Metall nicht möglich gewesen wäre.

Wap-IG-Metall 17.06.2020



„WICHTIGER DENN JE: POLITISCHE BILDUNG UND PROFESSIONALISIERUNG“

GEW bundesweite Tagung in Schwerin

Die erste GEW Tagung kurz nach dem Corona-Lockdown fand mit verringerter Personenanzahl, Sicherheitsabständen, gut durchlüfteten Räumen und jeder Menge Desinfektionsmittel vom 18.06. bis 19.06.2020 im Schweriner Schloss statt.

Gerade zu Corona Zeiten steht das Thema politische Bildung ganz oben auf der Agenda der GEW – groß sind die Erfahrungen mit Verschwörungs-

dem sogenannten PISA-Schock stehen die Leseförderung sowie die Stärkung des mathematischen Verständnisses und der MINT-Fächer (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik) im Fokus der Bildungspolitik. In den Hintergrund geraten sind die gesellschaftswissenschaftlichen Fächer“ und: „Skandalös hoch ist der in der Schule fachfremd erteilte Politikunterricht.“

Zum Bildungsauftrag gehört, die Schülerinnen und Schüler zum selbstbestimmten Denken und Handeln zu befähigen, sie sollen ihre Verantwortung für sich und die Gesellschaft wahrnehmen und sich dabei von den Werten des Grundgesetzes und den Menschenrechten leiten lassen. „Gemessen an diesen Zielen müsste die Demokratieverziehung als Unterrichtsprinzip eigentlich doch eine herausragende Rolle in Studium und Vorbereitungsdienst erhalten“, so Tepe weiter. Stattdessen wird Politische Bildung in der beruflichen Erstausbildung oftmals in den Stundentafeln gekürzt, so dass der Unterricht häufig überwiegend fachfremd sowie lediglich mit einem Volumen von einer Unterrichtsstunde pro Woche – und dies teilweise nur in einem Halbjahr innerhalb eines mehrjährigen Bildungsganges – erteilt wird.



Foto: Stephan Rudolph-Kramer

mythen, Fake News und Entdemokratisierungstendenzen. Dies kritisierte auch Bettina Martin (SPD), Bildungsministerin des Landes Mecklenburg-Vorpommern, die mit ihrem Grußwort die Tagung eröffnete.

Politische Bildung ist wichtiger denn je

Politische Bildung ist – gerade auch zu Pandemie Zeiten – wichtiger denn je. Und sie führen uns auch vor Augen: Politische Bildung führt ein Schattendasein und muss wieder ins Licht gerückt werden. Auch die GEW Vorsitzende Marlis Tepe beanstandete in ihrem Grußwort: „Seit

Politische Bildung führt ein Schattendasein

Der GEW Gewerkschaftstag beschloss deswegen bereits 2017, dass politische Bildung einen fächerübergreifenden Schwerpunkt bilden muss. Konfrontiert mit der Vernachlässigung des Politikunterrichts und um das „Demokratie lernen und leben“ in den Blick zu rücken, unterstützte die GEW im Oktober 2018 eine Fachtagung, zu der fast 100 Teilnehmende aus ganz Deutschland kamen. Sie formulierten von dieser Tagung ausgehend die Hofgeismarer Erklärung „Wann, wenn nicht jetzt?“.

Politische Bildung muss emanzipatorischen Charakter haben

Zwar würden mittlerweile auch Arbeitgeber dafür plädieren, politische Bildung verstärkt in den Unterricht einfließen zu lassen, so Dr. Bettina Zurstrassen, Professorin für Didaktik der Sozialwissenschaften an der Uni Bielefeld im ersten Hauptvortrag. Allerdings verstünden die Arbeitgeber unter „Demokratisierung“ etwa, die Schwarm-Intelligenz der Beschäftigten zu nutzen, sodass „jede*r mal darf mal Chef sein dürfen“. Dies sei lediglich „ein Instrument der Effizienz-Steigerung“. Demokratie werde damit „zur betriebswirtschaftlichen Ressource“, kritisierte Zurstrassen (siehe auch Berichterstattung von Hol-

land-Leetz für die E&W (<https://www.gew.de/aktuelles/detailseite/neuigkeiten/gew-tagung-schwerin-mit-bildung-die-demokratie-verteidigen/>)

Verdeutlicht wurde ihr Vortrag von einem Lehr-Lern-Spiel für den Wirtschafts- und Politikunterricht, das David Ricardos Theorie des „komparativen Kostenvorteils“ behandelte, und von den Unternehmensverbänden massiv beworben würde. Grundaussage des Spiels: Auch wenn die „Südländer“ eine geringere Produktivität haben, lohne sich für sie der Handel mit den „Nordländern“. Diese zwei-Welten-Theorie lässt jedoch jegliche postkoloniale Machtstrukturen, wie auch die Machtbilanzen großer Konzerne außen vor. Kritisch reflektierte und emanzipatorische politische Bildung sieht anders aus. Politische Bildung hat für die Arbeitgeber dementsprechend in allererster Linie den vorrangigen Nutzen, die (zukünftigen) Arbeitnehmer für den Arbeitsmarkt passungsfähig zu machen.

Schweriner Erklärung verabschiedet

Am 2. Tag der Schweriner Tagung verabschiedete die GEW die *Schweriner Erklärung*. Ebenfalls Inhalt der Erklärung: Nicht nur muss die Wertigkeit politischer Bildung anerkannt werden, auch müssen die Lehrenden dazu befähigt werden, politische Bildung auszuüben.

Prof. Dr. Dieter Nittel von der Goethe Universität Frankfurt und Prof. Dr. Franz Kaiser, Professor für Berufspädagogik an der Uni Rostock, gestalteten den zweiten Tag der Schweriner Tagung im Landtag. Nittel sieht vor allem Nachholbedarf bei den Beschäftigten in der Weiterbildung. Prekäre Arbeitsverhältnisse seien kein Einzelfall. Die Professionsbildung in der Weiter-

bildung sollte demnach mit anderen Lehrkräften gleichziehen.

Prof. Dr. Kaiser ließ die Teilnehmenden an der Lehrkräfteausbildung an der Uni Rostock teilhaben; so haben die Studierenden in seinen Seminaren die Möglichkeit, sich selbst kritisch zu hinterfragen. Biographische Reflexion, oder: „Warum will ich Berufsschullehrer*in werden?“ ist ebenso Thema wie Fachwissen. Dies befördere die zukünftigen Anwärter*innen zur Selbstreflexion. Zudem gehöre zur Subjektorientierung das Vermitteln über „gute oder sinnvolle Arbeit“ sowie die Lehre von Welterhalt und Solidarität.

Letztlich steht es jedoch schlecht um die Nachwuchsgewinnung – das Berufsschullehramt bräuchte eine Öffentlichkeitskampagne und eine bundesweite Informationsplattform für Wege ins Berufsschullehramt, so Kaiser abschließend.

Forderungen der GEW

Was bleibt von den zwei intensiven Tagen ist nicht zuletzt unsere *Schweriner Erklärung*, in der die Bundesfachgruppen Erwachsenenbildung, kaufmännische und gewerbliche Schulen Forderungen für Politik und Gesellschaft ausformuliert haben. So heißt es:

„Um dem demokratisch legitimierten ganzheitlichen Bildungsauftrag der berufsbildenden Schulen gerecht zu werden, ist es mehr denn je erforderlich

- ◆ Politische Bildung systematisch und gleichwertig mit einem entsprechenden Stundendeputat curricular in den beruflichen Lernfeldern, Lernsituationen und auch in den Kammerprüfungen zu verankern
- ◆ innerhalb des Systems der beruflichen Bildung die berufs-

bildenden Schulen mit den Kammern und Betrieben wirklich gleich zu berechtigen (Berufsschulen als gleichwertiger Partner, nicht als Dienstleister der Kammern und Betriebe),

- ◆ die universitäre Lehrkräftebildung für Politische Bildung an berufsbildenden Schulen auszubauen, um den hohen Anteil fachfremd unterrichtender Lehrkräfte deutlich zu reduzieren
- ◆ die Maßnahmen zur Gewinnung des Lehrkräftenachwuchses in der Politischen Bildung analog zum technisch-naturwissenschaftlichen Bereich zu initiieren und berufliche Schulen aufzufordern, einschlägig qualifizierte Lehrkräfte für Politische Bildung einzustellen
- ◆ verbindliche Fort- und Weiterbildungsangebote für Lehrkräfte in der Politischen Bildung dringend auszuweiten
- ◆ Forschungsförderprogramme zur Politischen Bildung und politischen Sozialisation im berufsbildenden Bereich zu etablieren“ (Auszug aus der Schweriner Erklärung).

Der den Gewerkschaften verbundene Soziologe Oskar Negt brachte es schon 2010 auf den Punkt:

„Demokratie ist die einzige staatlich verfasste Gesellschaftsform, die gelernt werden muss! Autoritäre Systeme müssen nur hingenommen, demokratisch verfasste mitgestaltet werden“ – dazu müssen die Berufsschullehrkräfte aber auch befähigt werden.

Helena Müller, Referentin im Vorstandsbereich Berufliche Bildung und Weiterbildung im GEW-Hauptvorstand

Die Referate sowie die Schweriner Erklärung können bei der Redaktion angefordert werden

Mit dem Beschluss vom 26. Juni 2016 „Berufsbildende Schulen auf dem Weg zur Inklusion“ hat der GEW Hauptvorstand Rahmenbedingungen auf dem Weg zur Inklusion benannt. Wir wollen in unregelmäßigen Abständen an Beispielen aufzeigen, wie der Weg in eine inklusivere Berufsbildung gegangen werden kann.

AUF DEM WEG ZUR INKLUSION

Pflegeausbildung für junge Menschen mit Förderbedarf

Eine älter werdende Gesellschaft und Jugendliche mit Förderbedarf, die auf der Suche nach einer Berufsperspektive sind – das Berufsbildungswerk Südhessen (bbw) verknüpft beide Seiten. Mit Unterstützung von Ausbildungspartnern wie der Staatlichen Berufsschule Karben sowie der Altenpflegeschule Ortenberg des VDAB Schulungszentrums hat das bbw ein innovatives Ausbildungskonzept im Pflegebereich

tungen der ambulanten und stationären Altenpflege, die das Projekt auf breiter Basis unterstützen und sowohl Ausbildungs- als auch Arbeitsplätze zur Verfügung stellen.

Mit seinem seit 2016 etablierten Ausbildungskonzept – in diesem Sommer startet die fünfte Ausbildungsgruppe – greift das bbw Südhessen ein gesellschaftlich relevantes Thema auf. Denn die demografische Entwicklung führt

mit einer Lernbehinderung, hatten lange keine Chance, in Pflegeberufe einzusteigen, weil die schulischen Zugangsvoraussetzungen und das Lerntempo zu hoch waren. „Mit unserer Ausbildungsoption mit dem sehr niederschweligen Zugang, einer verlängerten Ausbildungszeit und begleitenden Unterstützungsangeboten bieten wir einer engagierten Zielgruppe eine Möglichkeit, in die Pflege einzusteigen“, so bbw-Ausbildungsleiter Ralf Heiß, „und wir bieten dem Arbeitsmarkt hoch motivierte Fachkräfte. So leisten wir unseren Beitrag gegen den Fachkräftemangel.“

Kurzbeschreibung der Ausbildung

Dauer 3 Jahre

Voraussetzungen

Prüfung des zuständigen Leistungsträgers (z. B. Agentur für Arbeit), dass ein Anspruch auf eine berufliche Teilhabe nach dem Sozialgesetzbuch besteht

Abgangszeugnis der Klasse 8 einer allgemeinbildenden Schule, gesund-

heitliche Eignung zur Ausübung des Berufes

Abschluss Berufsabschlüsse Altenpflegehelfer*in und Fachpraktiker*in Hauswirtschaft Hauptschulabschluss

Anschluss Durchstieg in die Vollberufe Pflegefachfrau/Pflegefachmann oder Hauswirtschafter*in

Ein Novum bei den Pflegeausbildungen: Durch eine Ausnahmegenehmigung des Hessischen Ministeriums für Soziales und Integration ist ein Einstieg in die Ausbildung auch für Interessent*innen ohne Hauptschulabschluss möglich – dieser Abschluss wird im Laufe der Ausbildung erworben.

entwickelt und umgesetzt. Es bietet jungen Menschen mit Förderbedarf die Chance, eine auf ihre Bedürfnisse angepasste Ausbildung in der Altenpflegehilfe zu absolvieren und ermöglicht den Zugang sogar ohne Hauptschulabschluss. Die Besonderheit ist eine Verzahnung von Hauswirtschaft und Altenpflege, die ein breites Spektrum an Inhalten und Qualifikationen vermittelt, so dass die Absolvent*innen sehr gute Chancen auf dem Arbeitsmarkt haben. Dies zeigt sich besonders in den Rückmeldungen der Einrich-

zu einem steigenden Bedarf an Betreuungskräften für pflegebedürftige Menschen. Auch ist die Pflege an sich im Wandel: Neue Wohnformen und ambulante Pflege werden immer wichtiger. Für diese Bereiche braucht man Fachkräfte, die sowohl Grundpflege als auch hauswirtschaftliche Dienstleistungen aus einer Hand erbringen können. Aber schon jetzt bleiben immer mehr Stellen im Gesundheitswesen unbesetzt, weil geeignetes Personal fehlt.

Junge Menschen, beispielsweise

Im Mittelpunkt der dreijährigen Ausbildung zum/zur „Fachpraktiker*in Hauswirtschaft mit Zusatzqualifikation Altenpflegehelfer*in“ steht die Betreuung und Versorgung älterer Menschen. Die Verzahnung von Hauswirtschaft und Altenpflege vermittelt ein breites Spektrum an Inhalten und Qualifikationen, so dass die modular aufgebaute Ausbildung sehr gute Chancen auf dem Arbeitsmarkt bietet. Die notwendigen Kenntnisse und Fähigkeiten werden sowohl theoretisch als auch praktisch vermittelt. Inhalte sind z. B. hauswirtschaftliche

Dienstleistungen wie Herstellen und Anrichten von Speisen oder Raum- und Textilreinigung, grundpflegerische Kenntnisse wie Körperhygiene sowie die Themen Mobilität und Freizeitgestaltung.

Das bbw Süd Hessen koordiniert die gesamte Maßnahme und ist gemeinsam mit der staatlichen Berufsschule für die Ausbildung in der Hauswirtschaft zuständig. Die Altenpflegeschule und Einrichtungen der stationären Altenpflege übernehmen die Ausbildung im Bereich der Altenpflegehilfe.

„Nach erfolgreich bestandenen Prüfungen haben die Absolvent*innen dann gleich zwei Berufsabschlüsse in der Tasche: Altenpflegehelfer*in und Fachpraktiker*in Hauswirtschaft“, erklärt bbw-Projektleiterin Dr. Sabine Tomm. „Und die Nachfrage nach unseren Absolvent*innen in der Pflege ist groß.“

Pflege-Ausbildung konkret: Wie sich Altsein anfühlt

Auszubildende, Mitarbeiter*innen und Gäste des bbw Süd Hessen können im Ausbildungsbereich Hauswirtschaft/Altenpflege selbst erfahren, wie sich altersbedingte Einschränkungen anfühlen und welche Probleme dadurch entstehen.

Teilnehmer*innen einer Berufsvorbereitenden Bildungsmaßnahme (BvB) haben als Projektarbeit einen „Alterssimulationsanzug“ entwickelt und mit einfachen Mitteln hergestellt. Mit einer selbstgenähten Weste voller Sandsäckchen, Gewichten an den Gelenken, selbst bemalten Brillen mit Seheinschränkungen, wattierten Hand- und Überschuhen oder einem Hörschutz wird die Einschränkung der Beweglichkeit, Verlust des Gleichgewichtes und Gangsicherheit, Sicht- und Höreinschränkung, Kraftverlust oder Einschränkung der

Feinmotorik simuliert. So ausgestattet können die Probanden einen Erlebnis- und Hindernisparcours absolvieren, wobei sie erfahren können, wie schwierig das Aufstehen aus einem niedrigen Sessel sein kann, welche Probleme es bereitet, eine Jacke zuzuknöpfen oder Zeitung zu lesen. „Es geht darum, einen Perspektivwechsel zu ermöglichen und so mehr Verständnis und Geduld für die pflegebedürftigen Menschen zu erzeugen“, erläutert die verantwortliche Ausbilderin und Praxisanleiterin Kornelia Weber.

Bereichsleiter der Hauswirtschaft Antonio Sportiello



Rückmeldung einer Teilnehmerin

„Diese Ausbildung ist echt toll, besonders die praktischen Tätigkeiten in der Altenpflege“, erzählt Lakeisha. „Und vor allem die Dankbarkeit der alten Menschen zeigt mir, dass ich den richtigen Beruf gefunden habe.“ Und auch die Tatsache, dass ihr nach dem Abschluss viele Wege offen stehen, findet sie klasse, damit ihr Leben „immer spannend bleibt“.

Der Weg in die Ausbildung war für Lakeisha nicht einfach. Als schüchternes Mädchen mit einer Lese-/Rechtschreibschwäche hat sie bereits in der Grundschule erste Mobbing-Erfahrungen gemacht. Ein traumatisches Erlebnis im Alter von 12 Jahren, familiäre Schwierigkeiten und daraus resultierende Ängste führten dazu, dass sie sich mehr und mehr isolierte. Erst eine intensive therapeutische Begleitung hat ihr geholfen, sich wieder zu stabilisieren und positiv in die Zukunft zu blicken. Nun möchte sie etwas zurückgeben, für andere da sein. Mehrere Praktika in Pflegeeinrichtungen zeigten ihr: Das ist der richtige Job für mich.

Lakeisha ist nur ein Beispiel aus dem Modellprojekt des bbw Süd Hessen, das zeigt: Für die Mehrzahl der Teilnehmer*innen ist die auf ihre Bedürfnisse zugeschnittene Ausbildung die einzige Chance, in der Pflege eine Berufsausbildung zu absolvieren. Denn vor allem die Begleitung durch psychologische und pädagogische Fachkräfte ist ausschlaggebend für einen gelungenen Ausbildungsabschluss und eine nachhaltige soziale und berufliche Teilhabe.

Dr. S. Tomm; Weitere Informationen: www.bbww-suedhessen.de



Lakeisha in einer Übungssituation in der Pflegeausbildung.

Auch wenn die Erklärung schon vor einigen Monaten verfasst wurde, so ist sie dennoch auch heute noch hoch aktuell, nicht zuletzt auch vor dem Hintergrund der neuen Verschwörungstheoretiker.

WANN, WENN NICHT JETZT?

Erklärung zur Politischen Bildung in den Schulen

Ergebnisse einer Grundsatztagung der Universität Kassel und der Evangelischen Akademie Hofgeismar im Oktober 2018:

Gesellschaften in Europa driften auseinander, Parteiensysteme sind erschüttert, globale Entwicklungen verursachen Ängste und Verunsicherung. Viele Menschen suchen Antworten im Rückzug auf nationale Räume, illiberale und autoritäre Führungen. Menschenverachtung und Hass verbreiten sich in den vermeintlich „sozialen“ Medien. Diskriminierungen, Menschenfeindlichkeit, die Relativierung der NS-Verbrechen und Antisemitismus finden sich nicht nur „an den Rändern“, sondern auch „in der Mitte“ der Gesellschaft. Eine große Distanz und Ablehnung von politischen Akteuren, Institutionen, Medien und öffentlichen Diskursen bedrohen demokratische Verfahren.

Diese Phänomene spiegeln gesellschaftliche Konflikte und verweisen zugleich auf offenkundige Defizite und einen dringenden Handlungsbedarf zur Stärkung Politischer Bildung in der Schule. Mit häufig lediglich einer Unterrichtsstunde/Woche ab Klasse 8, die in Haupt- und Realschulen sowie in beruflichen Schulen zwischen 50 und 80% fachfremd unterrichtet wird, können Schulen ihren demokratischen Bildungsauftrag nicht gerecht werden.

Die folgenden Forderungen richten sich an bildungspolitische Akteure in den Landtagen, Fachverbänden und Gewerkschaften sowie an Universitäten, Studienseminare, Aus- und Weiterbildungsinstituti-

onen. Sie stellen den Auftakt einer längst überfälligen öffentlichen Debatte zur dringend notwendigen Stärkung und Professionalisierung Politischer Bildung in allen Schulformen dar und wurden von Vertreter*innen aus den Arbeitsfeldern der schulischen, universitären und außerschulischen Politischen Bildung erarbeitet.

Zusammenfassende Forderungen (Kurzfassung):

1. Politische Bildung muss ab der frühkindlichen Bildung durch demokratische Partizipation der Kinder beginnen. Von der Primarstufe über die Sekundarstufen bis hin zur beruflichen Bildung müssen die Fächer der Politischen Bildung durchgehend von fachlich qualifizierten Lehrkräften unterrichtet werden.
2. Politische Bildung ist mehr als ein Unterrichtsfach. Sie ist sowohl fachspezifisches, fächerübergreifendes und projektorientiertes Lernen, aber auch Unterrichtsprinzip und Aufgabe demokratischer Schulkultur und -entwicklung. Zur Umsetzung dieser Aufgaben müssen curriculare Freiräume und deutlich mehr zeitliche und personelle Ressourcen bereitgestellt werden.
3. Der häufig praktizierte fachfremde Unterricht kann in der Politischen Bildung und im Sachunterricht ebenso wenig akzeptiert werden wie in anderen Fächern. Es müssen dringend qualifizierte Lehrkräfte in allen Schulformen eingestellt werden.
4. Politische Bildung muss in allen

Schulformen gestärkt werden. Für die gesellschaftswissenschaftlichen Fächer (d.h. Politik, Wirtschaft, Recht, Gesellschaft/Sozialkunde/Soziologie, Geschichte, Geographie) müssen insgesamt deutlich mehr Unterrichtsstunden, in der Sekundarstufe I sechs Stunden/Woche in jedem Schuljahr zur Verfügung stehen.

5. Die Aufgaben Politischer Bildung können nicht mit einem Lehrdeputat von 24 bis 28 Stunden/Woche realisiert werden. Eine deutliche Stundenreduzierung ist unabdingbar.
6. Für Lehrkräfte in der Politischen Bildung und dem Sachunterricht besteht ein besonderer Bedarf an kontinuierlicher Fort- und Weiterbildung. Dafür müssen die Angebote deutlich ausgeweitet und für Lehrkräfte verbindlich werden. Dies gilt insbesondere für den hohen, nicht akzeptablen Anteil von Lehrkräften, die Politische Bildung fachfremd unterrichten. Entsprechende personelle, räumliche, zeitliche und finanzielle Ressourcen müssen dringend aufgestockt werden.
7. Wir fordern die Kultusministerien dazu auf, Lehrkräfte, die Universitäten und Studienseminare mit einem Abschluss der Fächer Sachunterricht, Politik, Sozialkunde, Gesellschaftswissenschaften, Geschichte und Geographie verlassen, genauso vorrangig in den Schulen einzustellen, wie dies in den letzten Jahren für andere Fächer z.B. im MINT-Bereich galt.

Kontakt: Samuel Seip: erklarung.politische-bildung@uni-kassel.de

Impressum

Herausgeber:

Gewerkschaft für Erziehung und
Wissenschaft
Landesverband Hessen
Zimmerweg 12 • 60325 Frank-
furt • Tel.: 069 / 97 12 930 •
Fax : 069 / 97 12 93 93

Landesfachgruppe

Berufsbildende Schulen

Layout:

Matthias Hohmann

Email: m.hohmann@gmx.net

Drucklegung Jan. 2020

Redaktion:

Dieter Staudt

Messeler Straße 3 •
64390 Erzhausen •
Tel. : 06150 / 75 69 •

Email: dstaudt@t-online.de

Ralf Becker

Tel.: 06142 / 838880

Email: r.becker.gew@gmx.de

Auflage: 4600

Druckerei:

Gründrucken Print and
Packaging GmbH
Gießen, Am Bergwerkswald

Das Urheberrecht für veröffentliche Manuskripte und Fotos liegt ausschließlich bei der Redaktion. Nachdruck, auch auszugsweise, sowie Vervielfältigung oder sonstige Verwertung von Texten und Bildern darf nur mit schriftlicher Genehmigung des Herausgebers erfolgen.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung des Herausgebers wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos übernimmt die Redaktion keine Haftung. Die Zustimmung zum Abdruck wird vorausgesetzt.

Leserbriefe werden bevorzugt entgegengenommen, können aus redaktionellen Gründen jedoch gekürzt werden.

DENK-doch-MAL.de

Das online-Magazin

Es war die Zeit, in der einige wichtige gewerkschaftliche Zeitungen entweder eingestellt wurden oder nur noch selten erschienen. Es war auch die Zeit, in der damals Dr. Klaus Heimann, Leiter der Abteilung Berufsbildung beim IG Metallhauptvorstand sich mit Gerhard Endres öfters traf, da sie zusammen immer wieder journalistisch zusammen arbeiteten. Eines Tages begannen die Überlegungen in einem Frankfurter Biergarten konkreter zu werden. Verschiedene Journalisten und Gewerkschafter wurden angerufen, ob sie Zeit, Interesse und Spaß daran hätten, ein Online-Magazin ehrenamtlich herauszugeben. So entstand bald ein vorläufiges Redaktionsteam, das die Pluralität des Engagements widerspiegeln sollte. Gerhard Endres, Vorsitzender des Netzwerks Gesellschaftsethik, übernahm einen Teil der Verantwortung, die presserechtliche Verantwortung Dr. Klaus Heimann. Mittlerweile ist denk-doch-mal.de auf dem Server der IG Metall gelandet und das Netzwerk Gesellschaftsethik Kooperationspartner von IG Metall und Verdi.

Im Januar 2007 begann das Online-Magazin denk-doch-mal.de mit der Ausgabe über „Beruflichkeit“ Mittlerweile ist denk-doch-mal.de eine Fundgrube für viele Themen rund um die duale Berufsausbildung, mit durchweg anspruchsvollen Texten und dem Anspruch auf Verständlichkeit.

Das Jahr 2008 begann mit dem Schwerpunkt „europäische Kernberufe“, 3/2010 behandelte „Kein Anschluss-das Übergangssystem“. Nicht jede Ausgabe behandelt das Thema berufli-

che Bildung, doch 1-2 Ausgaben im Jahr sind es schon, eigentlich jede Ausgabe stellt Bildung in den Mittelpunkt, ein paar Beispiele: 2/11: Train the Trainer, 3/13: Informelles Lernen in der Arbeitswelt“, 1/18: Akademisierung: eine wirklich starke Herausforderung für Betriebe, Hochschulen und Gewerkschaften, 1/20: Der deutsche Qualifikationsrahmen - eine kritische Bilanz.

Doch auch aktuelle „Herausforderungen“ sind Themen: 3/16: „Das ist ein Muss-Digitalisierung und Facharbeit in Einklang bringen“ oder 2/17: „Wird die digitale Arbeitswelt wirklich so schön?“

Neben Sonderausgaben werden auch in regulären Ausgaben spannende Themen im Kontext von Bildung aufgegriffen: 4/18: „die gespaltene Gesellschaft -kann es sozialen Frieden in Deutschland geben?“, 4/15: „warum wir den politischen Menschen brauchen“, 4/13: „Renaissance der Genossen: einer für alle, alle für einen“ (Über Genossenschaften) 2/12: „Was hält die Gesellschaft zusammen“ 4/09: „für einen starken Staat“ oder: 4/08: „Zeit“.

Übrigens: Unter „Archiv“ können alle bisherigen Ausgaben gelesen und alle Texte als pdf heruntergeladen werden. Klar darf denk-doch-mal.de verlinkt werden (wir freuen uns natürlich, wenn wir das erfahren). Wer alle 3 Monate erfahren will, wenn die neue Ausgabe online geht, kann kostenlos den Newsletter bestellen.

Gerhard Endres (Mitglied der Redaktion)
gerhard.endres@icloud.com

IMAGINE

SONGTEXT

ÜBERSETZUNG

Imagine John Lennon

Imagine there's no heaven
It's easy if you try
No hell below us
Above us, only sky

Stell dir vor, es gäbe kein Himmelreich,
Es ist ganz einfach, wenn du es versuchst.
Keine Hölle unter uns,
über uns nur der Himmel.

Imagine all the people
Livin' for today
Ah

Stell dir vor, alle Menschen
leben nur für das „Heute“.

Imagine there's no countries
It isn't hard to do
Nothing to kill or die for
And no religion, too

Stell dir vor, es gäbe keine Länder,
es ist nicht so schwer, dies zu tun.
Nichts, wofür es sich zu töten oder sterben lohnt,
und auch keine Religion.

Imagine all the people
Livin' life in peace
You

Stell dir vor, alle Menschen,
leben ihr Leben in Frieden.

You may say I'm a dreamer
But I'm not the only one
I hope someday you'll join us
And the world will be as one

Du wirst vielleicht sagen, ich sei ein Träumer,
aber, ich bin nicht der Einzige.
Ich hoffe, eines Tages wirst auch du einer von uns
sein, und die ganze Welt wird wie eins sein.

Imagine no possessions
I wonder if you can
No need for greed or hunger
A brotherhood of man

Stell dir vor, es gäbe keinen Besitz mehr.
Ich frage mich, ob du das kannst.
Keinen Grund für Gier oder Hunger,
Eine Menschheit in Brüderlichkeit.

Imagine all the people
Sharing all the world
You

Stell dir vor, alle Menschen,
teilen sich die Welt.

You may say I'm a dreamer
But I'm not the only one
I hope someday you'll join us
And the world will live as one

Du wirst vielleicht sagen, ich sei ein Träumer,
aber, ich bin nicht der Einzige.
Ich hoffe, eines Tages wirst auch du einer von uns
sein, und die ganze Welt wird wie eins sein.

Das Lied „Imagine“ von John Lennon wurde 1971 veröffentlicht.

Es ist schon erschreckend, dass sein Inhalt heute, fast 50 Jahre später, immer noch hochaktuell ist.

Ich kann dieses Lied sehr empfehlen für den Unterricht in Musik, Geschichte, Politik und Wirtschaft, Englisch und Deutsch. Als Schulleiter einer Beruflichen Schule hatte ich das Lied in englischer und deutscher Version nebeneinander in DIN-A-2 in der Eingangshalle hängen und war stets fasziniert, wie viele Schülerinnen und Schüler immer wieder davor standen.

Dieter Staudt

